

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

137 (14.6.1928)

# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis: Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. ...  
Anzeigenpreise: Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. ...

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern  
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenchutz

Bezugspreis: monatlich 2,50 Mk. o. ohne Zustellung 2,20 Mk. ...  
Einselpreis 10 Pf. Samstag 15 Pf. o. Erscheint 6 mal wöchentlich  
Sonntags 11 Uhr o. Postfach 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 12, Marktstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstreu-Verlag: Karlsruhe, Welfenstraße 22, Baden-Durlach, Triebhofstraße 28, Rastatt, Friedrichstraße: Offenburg, Campstraße 28

Nummer 157 Karlsruhe, Donnerstag, den 14. Juni 1928 48. Jahrgang

## Volksparteiliche Erschwerungsversuche

Berlin, 13. Juni.  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwoch der Plenarsitzung zu einer Sitzung zusammen, in der über die Verhandlungen mit den Vertretern der Zentrumsfraktion abgefragt wurde. Die Verhandlungen Bericht erstattet wurde. Beschlüsse wurden nicht gefasst, da einseitige Verhandlungen für die Entscheidung irgendwelcher Art nicht geeignet sind. Die sozialdemokratische Fraktion tritt am Donnerstag 13 Uhr wiederum zusammen. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller-Branden fanden am Mittwoch abend Besprechungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei statt, an denen die Abgeordneten Breitscheid, Graßmann, Silberding, Reil und die Abg. Scholz, Kempkes, Jasp und Brüninghaus teilnahmen. In den Verhandlungen legten die Vertreter der Deutschen Volkspartei entscheidenden Wert auf die gleichzeitige Umbildung der Regierungen in Reich und Preußen, worüber folgendes Volksparteiliche Kommuniqué informiert:  
„In der gemeinsamen Sitzung der Fraktionen der Deutschen Volkspartei des Reichstags und preussischen Landtags wurden nach eingehenden Referaten der Vorsitzenden Dr. Scholz und Dr. n. und nach mehrstündiger Debatte vollkommene Einmütigkeit erzielt, daß aus arbeitspolitischen Gründen im Reich und in Preußen nur Regierungen, die von denselben Parteien getragen werden und zwar gleichzeitig in Frage kommen können. Im übrigen wurden die bisherigen Verhandlungen der Unterhändler gemäß. Insbesondere wurden die von ihnen erhobenen Forderungen für eine Beteiligung an einer Regierungsbildung stärker unterstrichen.“  
Die in dem Bericht der Volkspartei versetzte Forderung wurde am Mittwoch abend zwischen Vertretern der Volkspartei und der Sozialdemokratie neben einer ganzen Reihe anderer Forderungen erörtert. Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Umbildung der preussischen Regierung vor allem dem preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Regierungspartei ist. Es ist anzunehmen, daß am Donnerstag Mittag zunächst eine Abstimmung mit dem preussischen Ministerpräsidenten erfolgt. Voraussichtlich wird dann eine Besprechung zwischen sämtlichen Führern beteiligter Parteien stattfinden, die die Bildung einer Regierung in Betracht kommen.

Im übrigen sind, wie in den Verhandlungen der Sozialdemokratie mit dem Zentrum auch im Verlauf der Erörterungen mit der Volkspartei Beschlüsse nicht gefasst worden.  
Die Sozialdemokratie ist und wird ihrerseits im Verlauf der noch bevorstehenden Verhandlungen bis an die Grenzen des für sie Möglichen gehen. Aber darüber, daß es eine solche Grenze gibt, werden sich die anderen für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Partner hoffentlich im Klaren sein. Die Sozialdemokratie ist bei aller Bereitwilligkeit zur Führung der Reichsgeschäfte nicht gewillt, den Bogen überbäumen zu lassen.

## Was die Volkspartei alles will

Berlin, 14. Juni. (Funkdienst.) Der Beschluß der Deutschen Volkspartei, auf die gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung entscheidenden Wert zu legen, wird in der heutigen Morgenausgabe der volksparteilichen Tageslichen Rundschau wie folgt kommentiert:  
„Die Deutsche Volkspartei betrachtet die Umbildung der preussischen Regierungsbildung nach dem Beispiel der im Reich angeführten Regierungsbildung unter Wahrung der Gleichzeitigkeit als eine Voraussetzung, ohne deren Erfüllung eine Regierungsbildung im Reich mit Einschluß der Volkspartei nicht zustande kommen kann. Im Kreise der Reichstagsfraktion herrscht ebenso wie im Kreise der Landtagsfraktion vollkommene Uebereinstimmung, daß die Regierungsbildung im Reich und in Preußen aus engster Zusammenarbeit werden müssen. In dieser Forderung wird die Deutsche Volkspartei festhalten.“  
Die sachlichen Voraussetzungen zur Teilnahme der Deutschen Volkspartei an einer Regierung beziehen sich im übrigen auf die Fragen der Reichswehr, der Steuer und Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik. Man kann als sicher annehmen, daß die Deutsche Volkspartei jede Wenderung der bisherigen Reichswehrpolitik mit aller Entschiedenheit ablehnt, daß sie die Durchführung einer ausreichenden Militärisation für die Landesverteidigung für notwendig hält, in der Sozial- und Wirtschaftspolitik namentlich die Rechte und die Forderungen des wirtschaftlichen Mittelstandes verteidigt.“  
Die Tagesliche Rundschau nimmt den Mund reichlich voll. Wir werden uns nach dem Abschluß der Verhandlungen über die Regierungsbildung wieder äußern.

## Nobiles schwierige Lage

Von Bord der „Citta di Milano“ wird über die schwierige Lage von Nobiles Expedition gemeldet. Das Rettungswort wird durch die Auseinanderreißung der Mannschaften komplizierter und schwieriger, als es gewesen wäre, wenn die gesamte Mannschaft der „Italia“ sich zusammen an einer Stelle mit den genügenden Nahrungsmitteln, Ausrüstungsgegenständen und allem an Bord der Expedition befindlichen Material befunden hätte. Die gegenwärtige, von General Nobile beschriebene Lage macht eine ausgedehntere Vorbereitung nicht nur für die Rettungsarbeiten selbst, sondern auch für die Entsendung von Hilfsexpeditionen notwendig.  
Die sechs Männer, einschließlich General Nobile, befinden sich auf dem Fels 40 Kilometer von Kap Leigh Smith entfernt und etwas mehr als 10 Kilometer von der Fovin-Insel. Sie haben, wie aus der gestern nacht empfangenen Nachricht zu schließen ist, genügend Lebensmittelvorräte für 50 Tage, die aber nur aus Reis und sehr wenig Schokolade bestehen. An Ausrüstungsgegenständen haben sie nur zwei Felsäde, drei Wolldecken, das von General Nobile erwandte Zelt und die Kaltenpistole zur Verfügung.  
Der raucherzeugende Apparat, der normalerweise dazu verwendet wird, das Abtreiben des Luftschiffes zu kontrollieren, wird jetzt als Signallamp für Flugzeuge benutzt. Den verunglückten stehen keine weiteren Hilfsmittel zur Verfügung, die selbst nur für einen kurzen Marsch auf dem Fels notwendig sind, und ihre Lage muß um so schlimmer sein, da zwei Mann verletzt sind. Obgleich sie in Sichtweite des Landes sind, können sie nicht damit rechnen, die 10 oder 15 Kilometer, die sie von der Fovin-Insel trennen, zu Fuß zurückzulegen, da sie weder Schlitzen noch Fallschirme besitzen.  
Ein anderer wichtiger Punkt in General Nobiles Bericht ist seine vielleicht schlimmste Bemerkung der Tatsache, daß drei Mann sich auf dem Marsch nach Cap Nord befinden. Angesichts der außerordentlich großen Schwierigkeiten eines langen Marsches in dieser Gegend, selbst für genügend trainierte und ausgerüstete Leute, kann man Nobiles Verlangen gut verstehen. Diese drei Männer müssen ihren mühseligen Marsch ungesichert vor einer Woche angetreten haben, noch bevor es Nobile gelang, sich erstmals mit uns in Verbindung zu setzen.

## Auch Nobile verletzt

W.B. Rom, 13. Juni. Aus hier veröffentlichten Nachrichten geht hervor, daß auch General Nobile bei der Savarie der „Italia“ Verletzungen erlitten hat, und zwar am rechten Arm und am rechten Bein. Nobile habe jedoch versichert, die Armverletzung sei bereits geheilt, und es scheine, daß auch das Bein in der Heilung begriffen sei.

## Bericht über den Absturz

Nobile veröffentlicht einen Bericht über den Absturz der Expedition, in dem es heißt: Am 25. Mai 10.30 Uhr flog die „Italia“ in einer Höhe von 500 Meter, als sie plötzlich schwerer wurde und sehr schnell herunterging. Der Absturz auf das Felsplateau dauerte nur zwei Minuten. Die Kabine und ein Teil des oberen Gefährtes verbrachen, während das Luftschiff in östlicher Richtung getrieben wurde. Unter den Trümmern fanden sich wie durch ein Wunder alle Insassen der Kabine auf dem Fels wieder, auch fast alle Gefährtsgegenstände. Am Abend des 30. Mai trennten sich 12 Kilometer nordöstlich der Insel Drono die italienischen Malore Mariano und Jovi und der schwedische Gelehrte Holgrén von ihren Kameraden und schlugen, mit Lebensmitteln versehen, die Richtung zum Nordpol ein. Sie gedachten, 10 Kilometer nördlich zurückzulegen. Mit Nobile selbst befindet sich der tschechoslowakische Gelehrte Venuš, der Leutnant zur See Vigliani, der Ingenieur Troiani, der Techniker Cecioni und der Funker Biagi. Die anderen Mitglieder der Expedition, die auf dem Luftschiff geblieben waren, sollen Lebensmittel für mindestens 3 Monate und ihre ganze Ausrüstung mit sich haben. Von der Gruppe Nobiles sind zwei Mann verletzt worden; einer ist schon fast wieder hergestellt, der andere, der am Bein unterhalb des Knies verwundet wurde, wird in einiger Zeit geheilt sein.

## Der letzte Standort Nobiles

W.B. Kinabasa, 13. Juni. Die geographische Position der von Nobile geführten Gruppe der Italiabefahrung war heute 80 Grad 37 Min. nördlicher Breite und 27 Grad 34 Min. östlicher Länge. Wie daraus hervorgeht, wird sie in nordwestlicher Richtung abgetrieben. Noch immer konnte keine Verbindung mit den Mitgliedern der Besatzung hergestellt werden, die nach dem Aufschlagen des Luftschiffes auf dem Fels von dem Wrack weiter geschleppt worden sind.

## Nochmals englische Gebetbuchdebatte

Das Unterhaus, das vor wenigen Monaten unter beispielloser Erregung des Parlaments und der Öffentlichkeit die Revision des Gebetbuchs der anglikanischen Kirche abgelehnt hat, begann am Mittwoch in einer ruhigeren Atmosphäre mit einer neuen Debatte über eine veränderte Fassung des Gebetbuchs. Trotzdem von den Anhängern der Revision während der vergangenen Woche verschiedentlich Anstrengungen gemacht wurden, die Gegner der Revision zu befriedigen, bleibt es auch diesmal unklar, ob das Gebetbuch in seiner neuen Fassung die im Parlament erforderliche Mehrheit finden wird, um diese Frage, die in den letzten Monaten die Zeitungen mehr als irgend eine politische Einzelfrage beschäftigt hat, aus dem Bereich der Politik verschwinden zu lassen.

## Königsberger Gesamttat abgelehnt

Königsberg, 14. Juni. (Funkdienst.) In der Mittwochssitzung der Königsberger Stadtverordnetenversammlung wurde der Gesamttat der Stadt Königsberg einstimmig abgelehnt. Während die Rechte den Wohlhabendsten gegen die Stimmen der Linken erblich vererbte, war die Linke für eine Einschränkung der nicht unbedingt notwendigen Kulturaufgaben.  
Für die Stadt Königsberg ist mit diesem Ausgang der zahlreichen Haushaltsberatungen ein Novum herbeigeführt durch die Schuld der Reichsparteien, die aus Angst vor erhöhten Gemeindeausgaben lieber die ganze Wohlfahrtspflege opfern möchten.

## Ruhige Reichstagsöffnung

Berlin, 13. Juni 1928  
Saal und Tribünen des Reichstags sind dicht besetzt, als der Reichspräsident, Abg. Vogt-Gotha (Soz.), die Sitzung eröffnet. Er hat fest, daß er am 28. November 1846 geboren also mit 82 Jahren der älteste Mitglied ist.  
Reichspräsident Vogt ernennt zunächst, während die Abgeordneten von den Sitzen erheben, der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe bei Siegelstorf und inricht den Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe die Beileid des Reichstages aus.  
Er beruft dann zu Schriftführern die Abg. Dr. Philipp (Dsp.), Frau Leusch (Ztr.), Torgler (Komm.) und Künkel (Dsp.).  
Der Reichstag, so fährt der Reichspräsident in einer kurzen Ansprache aus, steht vor großen Aufgaben. Millionen erwarten von der Völkervereinigung. Die Witwen und Waisen, die Kriegsveteranen, die Sozialrentner und Rentner. Der Reichstag hat diese Notigkeiten, wenn er will. (Rufe bei den Nationalsozialisten und Kommunisten: „Er will aber nicht!“ „Lacht alle hinaus fahren!“) Die Gefahren, die dem Volke aus einer überhöhten Konzernherrschaft drohen, gilt es zu bannen. Möge das Reichstag gelingen!  
Schriftführer Abg. D. Philipp nimmt hierauf den Namensaufruf vor.  
Beim Aufruf des Abg. Dr. v. Reudell (Dnl.) kommen von den Nationalsozialisten höhnische Zurufe. Beim Aufruf des Abg. Künkel rufen die Kommunisten: „Der Einleiter!“ — Auf den kommunistischen Abg. Loev wird von den Sozialdemokraten unter heulenden Zurufen hingewiesen, weil er in der Uniform des Rotfrontkämpfers mit roter Armbinde erschienen ist. Abg. Dr. Marz (Ztr.)

wird von links mit dem Ruf: „Reichsbannerkamerad a. D.“ begrüßt.  
Am Schluß des Namensaufrufes stellt der Alterspräsident Vogt fest, daß 462 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist.  
Der Schriftführer verliest dann die handchriftlich eingelegten kommunizistischen Anträge. Ein von uns bereits mitgeteilter Antrag verlangt die Haftentlassung des kommunistischen Abg. Rindberger, ein anderer fordert die Amnestierung der politischen Gefangenen mit Ausnahme der Fememörder.  
Ein weiter verlesener Zentrumsantrag fordert schnelle Hilfsmaßnahmen für das besetzte Gebiet.  
Ein deutschnationaler Antrag verlangt allgemeine Amnestie für politische Verbrechen mit Ausnahme des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse. Der Antrag erstreckt sich auch auf Disziplinargerichtverfahren gegen Beamte.  
Alterspräsident Vogt schlägt vor, sämtliche verlesenen Anträge auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung nach der Wahl des Präsidiums zu legen.  
Abg. Frid (Nz.) verlangt unter mißbilligenden Zurufen anderer Abgeordneter das Wort zur Geschäftsordnung und überreicht einen Antrag.  
Alterspräsident Vogt erklärt unter Zustimmungserklärungen der Mehrheit, er erteile jetzt nicht das Wort zur Geschäftsordnung, werde aber den eingereichten Antrag auf die Tagesordnung legen.  
Am 16. Uhr stellt der Alterspräsident das Einverständnis des Hauses damit fest, daß die nächste Sitzung am Donnerstag, 14. Juni, stattfindet, und auf die Tagesordnung die Wahl des Büros und die heute verlesenen Anträge gesetzt werden.

## Grober Vertrauensbruch bei der Arbeiterbank

Finanzielle Lage gut  
Über die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten waren am Mittwoch von Berliner Mittagsblättern allerhand wilde Gerüchte über Untersuchungen und Berurteilungen verbreitet worden. Zu diesen sensationell aufgebauten und vielfach unrichtigen Behauptungen hat die Arbeiterbank folgende Erklärung ausgesprochen:  
Die Geschäftsleitung der Bank, der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G. hat sich gezwungen gesehen, die Hilfe der Polizei zu erbitten, um einen groben Vertrauensbruch in Anspruch zu nehmen. Seit einiger Zeit war von der Geschäftsleitung bemerkt worden, daß Unberufene Einsicht in Geheimkorrespondenzen, die dem Vorstand vorbehalten gehalten wurden, genommen haben. Die Geschäftsleitung der Bank hat die Feststellung des Täters, der dem Vorstand unbekannt war, unterrichtet. Unterbreitung der Bank war, da eine materielle Schädigung der Bank nicht eingetreten war.  
Vor wenigen Wochen wurde, wie wir schon mitteilten, der bisherige Direktor der Arbeiterbank Bernd Weiser, auf Grund eines Beschlusses des Aufsichtsrates der Arbeiterbank entlassen. Der erste Protokoll, Dr. Schönhaar, der mit Weiser sympathisierte, ist der Urheber des Vertrauensbruchs. Er wurde sofort entlassen. Der gelehrte Leiter der Bank, Dr. Böhmer, genießt das volle Vertrauen der Aufsichtsratsorgane, ihm wurde in der letzten Bundesausschüttung der AGD. einstimmig das Vertrauen bezeugt. Die gesamte Geschäftsführung der Arbeiterbank wird vom Finanzausschuss überwacht. Die Grundzüge der Geschäftspolitik werden vom Aufsichtsrat festgelegt. So bedauerlich auch die Differenzen an sich sind, sie ändern nichts an der Tatsache, daß die Lage der Arbeiterbank nach wie vor gut ist.

## Verfolgung von Rotainschiebern

Saarbrücken, 13. Juni. Eine aufregende Jagd nach zwei Rotainschiebern unternahm laut Blättermeldung gestern die Kriminalpolizei. Die beiden Schieber waren im Auto geflüchtet und wurden von Saarbrücken nach Kaiserslautern und quer durch das Saargebiet bis an die französische Grenze verfolgt, wo sie von den Beamten gestellt wurden, als sie das Rotain abzuliefern verweigerten. Hierbei wurde einer der Schieber angehalten und festgenommen, während der andere entkam. Ein großer Vorrat Rotain wurde beschlagnahmt.

# Eigenartiger Zeuge im Donez-Prozess

## Widersprüche zwischen kommunistischem Monteur und Ingenieuren

Ueber die neuerliche Entwicklung des Donez-Prozesses wird uns berichtet:

Als erster der deutschen Angeklagten ist im Verlauf des großen Moskauer Ingenieur-Prozesses der Monteur Badstieber vernommen worden. Badstieber hat in einer außerordentlich eigenartigen Weise ausgesagt. Er hat sich selbst als den Mann hingestellt, der angebliche Mängel der vor seiner Firma gelieferten Maschinen stets erkannt und hiergegen Einspruch erhoben habe. Er habe sogar von diesen Mängeln der kommunistischen Partei Mitteilung gemacht, die immerhin für einen Monteur einer reichsdeutschen Firma in Rußland auffallend erscheinen. Seine Vorgesetzten jedoch, der Ingenieur Seebold und der Ingenieur Köster, hätten auf der Abnahme der mangelhaften Maschinen durch die Russen bestanden und sie durch Schmiergelder durchgesetzt. Die gerechte Frage des Staatsanwalts, ob nach einem fehlerhaften Sabotageplan gearbeitet worden sei, hat Badstieber bejaht.

Die einzelnen Angaben des Angeklagten Badstieber über die gelieferten Maschinen bedürfen der Nachprüfung und hierzu dürfte sich vor allem die Firma des Angeklagten noch äußern. Aber daß die Aussagen des Badstieber im Großen und Ganzen unaufrichtig und tendenziös sind, geht nicht nur aus seinen Bemerkungen hervor, seine Firma und deren Ingenieure zu belasten, um sich selbst in ein besseres Licht zu rufen, sondern auch aus der von vornherein unsinnigen und grotesken Beschuldigung, daß die Vertreter reichsdeutscher Firmen an einem festgelegten Sabotageplan mitgearbeitet haben. Der von Badstieber so schwer belastete Ingenieur Seebold arbeitet bis zum heutigen Tage unangefochten im Auftrag seiner Firma in Rußland. Er hat sich freiwillig schon vor Wochen als Entlastungszeuge für Badstieber angeboten und sein eigenes gutes Gewissen kommt darin zum Ausdruck, daß er Rußland nicht verlassen hat.

Das Moskauer Gericht hat jedoch mit dem ihm eigentümlichen Verfahren, die Zuteilung von Entlastungszeugen grundtätig abgelehnt, obwohl damit der Aufklärung des tatsächlichen Sachverhalts zweifellos gedient wäre. Die Zuteilung technischer Sachverständiger ist bisher abgelehnt worden. Nun tritt auf einmal der Angeklagte Badstieber auf, stellt Urteile, als wäre er selbst technischer Experte, teilt mit, daß er schon früher seine Firma bei der kommunistischen Partei denunziert habe und belastet schließlich den Ingenieur Seebold so stark, daß das Gericht beschloß, die Staatsanwaltschaft um die Verhaftung dieses Ingenieurs zu ersuchen. Dieses Moskauer Urteil ist aus einem Entlastungszeugen einen Angeklagten zu machen und die Haltung des Angeklagten Badstieber, die eher an die eines Spießkopfs erinnert, wirkt auf die Prozessführung ein bedenkliches Licht. Gleichseitig droht sie, wenn es tatsächlich auch noch zur Verhaftung anderer reichsdeutscher Personen kommen könnte, mit einer Zuspitzung der Situation, deren Folgen nicht abzusehen sind.

Es schien in den letzten Wochen, als habe man in Moskau endlich erkannt, wie sehr man durch den Donez-Prozess, insbesondere im Hinblick auf Deutschland, über das Ziel hinaus geschossen habe. Der russische Staatspräsident Kassin hat erst kürzlich über den Prozess in bezug auf Deutschland Erklärungen abgegeben, die nichts anderes, als einen Widerruf früherer Ausführungen, beispielsweise des Volkskommissars Rotow darstellen. Wir haben von vornherein deutlich zum Ausdruck gebracht, ob nun auch die Parteistimmen, die den Prozess in der Hand haben, entsprechend den Äußerungen Kassin mit größerer Einsicht verfahren und genden Beamten der Firma Knapp; dem bett. Werkmeister, dem Prüfungingenieur, der sämtliche in der Werkstatt abgenommen hat dem Montageleiter, sind eingeleitet. Weiter sind eidesstattliche Erklärungen des Direktors Köster und des Bergingenieurs Seebold zur Verfügung gestellt, daß keinerlei Bestechungs-, Schmier- oder Schweigegelder gezahlt worden sind. Beide Herren sind bereit, diese Aussagen vor deutschen Gerichten zu wiederholen.

### Erklärung gegen Badstieber

Zu den Aussagen des Monteurs Badstieber im Moskauer Schacht-Prozess gibt die Firma Knapp-Eisen eine Erklärung ab: Die Aussagen des Monteurs Badstieber sind der Firma Knapp völlig unverständlich. Es sind nur gute, brauchbare Maschinen zur Abfertigung gelangt. Eidesstattliche Erklärungen hierüber von folgend auf die Bewertung der Beziehungen Rußlands zu Deutschland endlich Rücksicht nehmen würden. Der weitere Verlauf des Prozesses und die Bedeutung, die von ihm selbst den zweifellos abmor-

men leichten Verhältnissen zustande gekommenen Aussagen Badstiebers beigemessen werden, werden hoffentlich alsbald erkennen lassen, ob diese kritische Wendung, die der Donez-Prozess ohne Zweifel genommen hat, entgegen den von Kassin geäußerten Tendenzen doch zu einem für die deutsch-russischen Beziehungen bedeutenden Ausgang führen.

## Russisches Geld für englische Kommunisten

Im Unterhaus gab in Beantwortung mehrerer Anfragen der Staatssekretär des Innern, Janson Sid, eine sehr ausführliche Erklärung über die Unternehmung ab, die er in der Frage der Unterfertigung der britischen Kommunisten durch russisches Geld hat anstellen lassen. Er sagte, es seien eine Anzahl Transaktionen festgestellt worden, die im Austausch von englischen Banknoten gegen Schatzscheine bestanden, und es sei nicht zu bezweifeln, daß dies auch der Weg sei, auf dem Geld in die kommunistischen Organisationen während der Zeit vom Juni 1927 bis April 1928 gelangte. Diese Transaktionen in Höhe von 40 000 Pfund Sterling seien von einem Angestellten der Westfälische Bank in London unternommen worden. Eine große Anzahl Schatzscheine, die dieser Mann erhalten habe, seien in die Hand der kommunistischen Partei Großbritanniens und der ihr angeschlossenen Körperungen gelangt. Mehrere Transaktionen in Höhe von 13 bis 14 000 Pfund seien von drei Angestellten einer russischen Handelsorganisation in London ausgeführt worden. Die drei Angestellten seien daraufhin entlassen worden und die Direktoren der Bank hätten ihre Bücher zur vollen Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Auf die Frage, welche Schritte die Regierung unternehmen werde, antwortete Janson Sid, er werde die Angelegenheit seinen juristischen Sachverständigen unterbreiten und entsprechend ihren Ratshelungen handeln.

## Ausschluß aus der Labour Party

### Wegen Annäherungsversuche an Kommunisten

Ein Berliner demokratisches Blatt hat die Meldung verbreitet, daß innerhalb der englischen Arbeiterpartei eine Spaltung bevorstehe. Richtig ist, daß in Birmingham eine Mitgliederversammlung der Arbeiterpartei, die sich dem Beschluß der Labour Party über den Ausschluß von Kommunisten nicht gefügt haben, ausgeschlossen

worden sind. Von einer Spaltung der Partei kann jedoch keineswegs die Rede sein. Wie uns aus London gemeldet wird, ist die Arbeiterpartei niemals so stark und einig gewesen wie heute.

## Englischer Vorstoß für Achtstundentag

London, 13. Juni. (Eig. Draht.) Der Abgeordnete der Arbeiterpartei Will Thorne wird im Namen der Fraktion der Arbeiterpartei den britischen Arbeitsminister fragen, ob die Regierung angesichts der Erklärungen des britischen Delegierten auf der internationalen Arbeiterkonferenz in Genf und in Uebereinstimmung mit den Erachtens dieser Konferenz eine baldige Ratifizierung der Washingtoner Achtstundentagskonvention vornehmen werde.

## Untersuchungspläne des Internationalen Arbeitsamtes

Genf, 13. Juni. (Eig. Draht.) Die erste internationale Arbeiterkonferenz stimmte am Mittwoch den verschiednen von der Vorschlagskommission zur Annahme empfohlenen Anträgen zu. Sie handelt sich zumeist um Untersuchungen. So sollen die Zusammenarbeiten in Betrieben, die Arbeitsverhältnisse der Bauarbeiter, die Frage des Einmannbetriebs elektrischer Lokomotiven, die Frage der Arbeiterwohnungen, die Arbeitsverhältnisse im Textilgewerbe und andere Untersuchungen vorgenommen werden.

## Der abgeschaltete Räterepublikaner

Aus Dresden wird gemeldet, daß die Altkommunisten nunmehr den nationalsozialistischen Chetredakteur ihres „Volksstaats“ abgeschaltet haben. Kritisch will sein Glück jetzt in Berlin suchen.

Oberreichsanwalt für Wiederaufnahmeverfahren Höls Der Oberreichsanwalt hat einem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens über Max Höls ausgemittelt. Nunmehr hat der 4. Strafsenat endgültig darüber zu entscheiden.

## Luftschiff und Gekochte aus Wien ausgewiesen

Die beiden früheren ungarischen Volkskommissare Luks und Szekely, die im Zusammenhang mit der Verhaftung von Bela Kun zunächst aus Ungarn genommen worden waren, dann auf freien Fuß gesetzt wurden, haben am Mittwoch einen Ausweisungsbefehl aus Wien erhalten. Sie haben gegen den Ausweisungsbefehl Protest eingelegt.

# Die ungeklärte Eisenbahnkatastrophe

## Ein amtliches Kommuniqué

Die Eisenbahndirektion Nürnberg veröffentlicht ein Kommuniqué, in welchem gegenüber verschiedenen Mutmaßungen auf Grund zahlreicher Untersuchungen kompetentester Sachverständiger auf dem Gebiete des Oberbau- und Lokomotivwesens festgestellt wird, daß bisher noch immer nicht eine bestimmte Ursache der Entgleisung des D 47 bei Siegelstorf gefunden worden ist. Bis heute, so heißt es in der amtlichen Mitteilung, steht nur fest, daß die fahrende Achse des Drehgestells der Lokomotive zuerst entgleist ist, und zwar entgegen dem Geleise der Strecken (N) nach der inneren Seite der Kurve, ferner, daß betriebbedienstete Personellen nicht vorliegen und daß keiner von den Sicherheitsrunden an der Geleisanlage oder der Festigkeit des Bahnmuttergrundes die Entgleisung nicht vernachlässigt worden sein kann. Die zwischen den beiden Eisenbahnstrahlen wahrgenommenen Sprünge und Risse sind ohne jeden Zweifel nicht als Ursache, sondern als Folge der Entgleisung anzusehen, die hauptsächlich dadurch entstanden sind, daß sich das wuchtige Drehgestell der Lokomotive in das Erdreich einbohrte. Die von mehreren Reisenden nach ihren Mitteilungen an die Presse am dem Tage vor der Entgleisung beobachteten Schwanungen und Stöße können, wenn sie sich wirklich auf die fragliche Stelle beziehen sollten und nicht örtliche Beobachtungsfehler vorliegen, nicht durch Fehler des Geleises verursacht sein, sondern müssen als Erscheinungen angesehen werden, die beim Durchfahren von Strecken von 500-600 Meter Halbmesser mit 80-90 Km. Stundengeschwindigkeit häufig auftreten, in keiner Weise betriebsgefährlich sind und in der Regel durch die Verleibensartigkeit in der Abfederung der Wagen und in der Einwirkung des Alters oder der Laufzeit der einzelnen Wagen ihre natürliche Erklärung finden. Die Untersuchung wird fortgesetzt und dürfte im Laufe der Aufräumungsarbeiten noch weitere Aufklärungen bringen.

## Die Mahnung von Siegelstorf

### Bessere Streckenkontrolle

Im Anschluß an das Siegelstorfer Eisenbahnunglück geben aus Vertretern folgende Ausführungen zu:

Durch meine Tätigkeit mit dem Angerpersonal der Reichsbahnbahnhöfe und besonders mit dem Angerpersonal der Eisenbahnhöfe, wurde ich auf einen großen Fehler der Reichsbahn aufmerksam gemacht, wodurch es leicht möglich ist, daß solche auf die Strecke kommen. Bis vor etwa 5 Jahren wurden die Strecken durch zuverlässige Arbeiter der Eisenbahnhöfe, die Eisenbahndirektion des Reichs abkontrolliert und etwaige Fehler fort beseitigt, womit die Gewähr vorhanden war, daß die Strecken in Ordnung blieben.

Wie mir von obigen beiden Stellen berichtet wird, wurde ein Erjauntes-Rückfragen diese natürlichen Kontrollgänge — einmündig, womit die Gefahren sehr groß geworden sind, denn es kann eine durch böswillige Bestrafungen der Geleise, oder Forderungen der Schrauben durch die durchfahrenen Räder, besonders auf lebenden Strecken, solche Unglücksfälle doch viel eher erfolgen, als wenn die Strecken fortgesetzt kontrolliert werden und wird von Seiten des Angerpersonals schon längst gefordert, über solche grundbaltigen Arbeitsbeschränkungen, womit zugleich auch den Arbeitern mehrerlei Verdienstmöglichkeiten entzogen wird.

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß viel daran gelegen ist, solche Fehler auf das schärfste zu bekämpfen und dafür zu sorgen, daß diese natürlichen Kontrollgänge wieder eingeführt werden, nicht es früher der Fall war, daß so ein — Kontrollgänger, der eine Strecke von mehr als 30 Kilometer abzugeben hat, wobei eine klare überflüssige Kontrolle kaum möglich ist, sondern nur Erfahrungen dieser Arbeiter, nicht mehr als 20 Kilometer auszuführen hätte.

# Sappho

## Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

18 (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Nachdem er einige Geschäfte erledigt hatte, lehrte er frühzeitig heim, in Erwartung eines furchtbaren Aufruhrs und auf alles gefaßt, selbst auf einen Bruch. Aber das stürzliche Willkommen, mit dem ihn Hanna sofort empfing, ihre geschwollenen Augen, ihre wie von Tränen erschaffenen Wangen, ließen ihm kaum den Mut zu einem eigenen Willen.

„Ich reise noch heute Abend . . .“ sagte er, sich gewaltig zusammennehmend.

„Du hast Recht, mein Lieb. Besuche deine Mutter, und vor allem . . .“ sie näherte sich ihm schmeichelnd . . . „verah, wie böse ich gewesen bin, ich liebe dich aber so sehr, daß ich mein Wahnsinn . . .“

Den Rest des Tages über, während sie seinen Koffer mit reisender Sorgfalt packte, war sie so lieb wie in der ersten Zeit und bemühte eine reuevolle Haltung, vielleicht in der Hoffnung, ihn zurückzubehalten. Trotzdem hat sie ihn nicht ein einziges Mal „Lieb . . .“ und als sie in der letzten Minute, nachdem sie seinen endgültigen Zurückkommen gegenüber alle Hoffnung aufgegeben hatte ihren Geliebten umschlang und ihn an sich preßte, als ob sie ihn für die ganze Zeit seiner Reue und Abwesenheit vollständig mit sich durchbringen wollte, küßten ihr Lebenslieb, ihr Ruf nur: „Sag, mein Johannes, bist Du mir nicht mehr böse?“

„Du! wie wonnertunken war er am Morgen, als er in seinem kleinen Kinderzimmer erwachte, das Herz noch durchbebt von den Amarmungen der Seinen, von den überquellenden Herzensergüssen bei der Ankunft wie beglückt, als er über dem Kostionet seines schmalen Bettes jene glänzende Metallstange erblickte, die ihn früher bis in seine Träume verfolgte, als er das Schreiben der Blauen in ihren Gebeten, das Rauseln der Brunnenwinde, den Lärm der zusammengebrännt hinausziehenden Herden vernahm. Nun schlug er die Fensterläden gegen die Mauern zurück, und das kalte, warme Licht drang in Strömen herein wie aus einer aufgezogenen Schloße vor ihm bis an den Horizont ausgebreitet lagen die sanft geneigten Weinstöcke, die Zypressen, die Olivenbäume,

die alternden Kieferwäldchen, die sich bis zur Rhone hinabstreckten, und drüben wölkte sich ein tieferer Himmel, ohne das leiseste Nebelwölkchen trotz der frühen Morgenstunde, ein grünlich schimmernder Himmel, die ganze Nacht hindurch vom Mistral durchweht, der noch jetzt die weite Niederung mit seinem belebenden, kräftigen Hauche erfüllte.

Johannes verließ dieses Erwachen mit jenem dort unter einem Himmel, so unruhig wie seine Liebe, und küßte sich glücklich und frei. Er stieg hinauf. Das vom Sonnenschein umstrahlte Haus lag noch im Schlafe, alle Vaden — den Augen vergeschlossen — geschlossen, und er war glücklich, sich einen Augenblick allein ergeben zu können, im Bewußtsein der moralischen Genesung, die er herannahen küßte.

Er ging einige Schritte auf der Terrasse und schlug dann einen nach dem Park führenden Weg ein, d. h. was man hier lo den Park nannte, ein Kiefern- und Myrtengebüsch, das der Zufall nach den rauhen Abhängen Cafetelets verpflanzt hatte, von unregelmäßigen und von durch trockene Nadeln schlüfrig gemachten Wegen durchschnitten. Sein schon recht alt und gebrechlich gewordener Hund Mirakle war aus seiner Hütte gekrochen und folgte ihm, ohne einen Laut von sich zu geben, auf den Fersen; sie hatten solche Morgenpromenaden so oft zusammen gemacht!

Bei Eintritt in die Anpflanzungen, deren hohe Zypressenbeden ihre hohen Gipfel neigten, zauberte der Hund; er mußte, daß die von der Sonne durchglühete dicke Sandsticht — ein neues Mittel gegen die Phylloxera, das der Konul gerade anwendete — für seine alten Blüten beschwerlich sei, ebenso wie die hohen Stufen der Terrasse. Die Freunde, wieder einmal seinem Herrn folgen zu können, trieb ihn dennoch an; aber bei jedem Hindernis gab es schmerzliche Anstrengungen, leises, ängstliches Winseln und Innehalten, fast so, als wenn ein Krebs ungehindert auf einem Felsen herumkriecht. Johannes achtete nicht darauf, vollständig in die Betrachtung einer neuen Milante-Franse vertieft, von der ihm sein Vater am Tage vorher so viel erzählt hatte. Die Stämme schienen auf dem glatten, leuchtenden Sande gut zu gedeihen. Endlich sollte der arme für seine unausgesetzte Mühe belohnt werden. Cafetelets Weine würden noch glänzen, wenn La Werte und L'Ermitage, diese Geliebte der Rhone, schon lange eingeerntet wären!

Ein kleines weißes Häubchen erhob sich plötzlich vor ihm. Es war Dianna, stets die erste auf im ganzen Hause; sie hielt ein Messer in der Hand, und nach etwas, das sie fortwarf, und ihre iont so glanzlosen Wangen erhellten in lebhaftem Rot: „Du bist es, Johannes? Du hast mich erlöhrt . . . Ich glaubte, es sei

dein Vater.“ Dann ließ sie wieder fassend, gab sie ihm einen Kuß: „Bist du gut geblieben?“

„Vorsätzlich, Tantechen — aber warum fürchtest du mich?“

„Warum?“

„Sie hob die Rebe wieder auf, die sie mit den Wurzeln ausgerissen hatte.“

„Nicht wahr, der Konul hat dir gesagt, daß er diesmal nicht zugeht zu reuieren . . .“

„Nun hier her, hier ist das Tier.“

Johannes erblickte ein fettes gelbliches Moos, welches ein Holz bedeckte, diesen kaum wahrnehmbaren Wis, der mit der ganzen Provinz ruiniert hat; nach ein Hohn der Natur — dem herrlichen Morgen, im Leben ermedenden Sonnenschein, der stützende und unzerstörbare, unendliche Nichts.

„Das ist der Anfang . . .“ In drei Monaten wird die ganze Umgegend vernichtet sein, und dein Vater wird von neuem die ginnen, denn er hat keinen Stolz darin gesetzt. Neue Anstrengungen, neue Mittel, bis eines Tages . . .“

Eine unerwartete Geberde schloß und beträufte den Boden.

„Soweit sind wir wirklich?“

„Du kennst den Konul . . .“ Er laßt niemals ein Wort, und gibt mir regelmäßig das Wirtschaftsgeld; aber er ist so voller Sorgen. Er läuft nach Volignon, nach Orange. Er sucht Geld . . .“

„Und Cäsar mit seinen Ueberflutungen?“ fragte Johannes.

„Nun!“

Da ging alles, Gott sei Dank! ganz aut. Bei der letzten Rebe hätten die fünfzig Hässer leichten Wein gebadet; und dieses Erfolg würde das Doppelte eintragen. In Anbetracht dieses Erfolges hatte der Konul seinem Bruder sämtliche Pflanzungen in der Niederung überlassen, die bis dahin mit den abgetriebenen Stöcken brachgelegen, jetzt wie ein Dorfkirchhof, und jetzt standen sie drei Monate lang unter Wasser . . .“

Und stols auf das Werk ihres Mannes, des Tunichtaut, setzte die Provençalin Johannes von der Anhöhe aus, wo sie standen, große Tische, „Riechfelder“, von Kalksteinen umsäumt, wie in den Gärten.

„In zwei Jahren schon werden diese Stöcke tragen; in zwei Jahren auch Viboullette und die Insel Lamotte, die dein Onkel über bis dahin müssen wir auf dem Posten bleiben, lieber Johannes, dasu tun und ein Opfer bringen.“

(Fortsetzung folgt)

# Freistaat Baden

## Gewerbesteueränderungsantrag zwecks Bekämpfung der Einkommensverschleierung

Wiederherstellung der alten Relation

Aus dem Haushaltsausschuss des Badischen Landtags wird mitgeteilt:

Die Koalitionsparteien des Badischen Landtags haben sich geeinigt, die Regierung zu ersuchen, mit Wirkung vom 1. April 1929 eine Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes nach folgenden Gesichtspunkten einzutreten zu lassen:

1. Von den freien Berufen sollen der Gewerbesteuer künftig insbesondere unterworfen werden die Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, staatlich geprüfte Dentisten, Architekten, Ingenieure und Geometer.

2. Da die Einkünfte der im freien Beruf tätigen Personen, der freien Berufen nachbetreibenden Gewerbetreibenden, sowie der freien und mittleren Gewerbetreibenden überhaupt in weitem Umfang einem weitgehenden Freizeig für den Arbeitsvertrag unterliegen, ist zu prüfen, wie dieser Zustand durch Erhebung eines weitgehenden Freizeig für den Arbeitsvertrag in der Anwendung an die Regelung im württembergischen Grund- und Gewerbesteuergesetz vom 29. Dezember 1926 herangezogen werden kann, als dies in § 50a Ziffer 1b des Grund- und Gewerbesteuergesetzes vorzulegen ist.

3. Bei Gesellschaftsunternehmungen, namentlich bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die nur wenigen Gesellschaftern (insbesondere Familiengesellschaften mit beschränkter Haftung), hat es die Gesellschaft mehr oder weniger in der Hand, den erheblichen Gewinn als solchen dadurch sehr niedrig zu halten, als er hohe Gehälter, Lohntien und dergleichen an die Gesellschafter-Gesellschafterzahl. Bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sind die gleichen Umgebungen möglich. Um eine Schmälerung der Gewerbesteuer und eine Umgehung dieses Gesetzes zu vermeiden, sollen diese Gehälter, Lohntien usw., bei der Körperschaftsteuer zur Errechnung der Reineinkünfte herangezogen werden, zur Errechnung des Gewerbesteuerwertes nicht herangezogen werden und es soll zu diesem Zweck eine Vorschrift vorzunehmen werden, wie sie in § 11 des Entwurfes des Gewerbesteuergesetzes enthält.

4. Die Besteuerung des jeweiligen tatsächlichen Gewerbesteuerwertes ist bei den Konjunkturschwankungen für Steuerpflichtige und Steuerpflichtigen hinsichtlich der Steuerbelastung und des Steuerkommens in gleicher Weise unerwünscht. Um dies zu vermeiden, ist der Gewerbesteuer künftig nach dem Durchschnitt der Ertragsverhältnisse von drei Jahren zu besteuern. Bei Feststellung des jährlichen Durchschnittsertrages sind Verlustjahre mit Null einzurechnen.

Gleichzeitig wird die Regierung ersucht, für die Beratung des Reichsrat vorliegenden Entwurfs eines Steuervereinfachungsgesetzes des Reichsratsvollmächttigen im Sinne der Anträge Ziffer 1 bis 4 Stellung für eine entsprechende Fassung der Bestimmungen der Einkünfte des Grund- und Gewerbesteuergesetzes zu erteilen, soweit in diesen Entwürfen Vorschriften erwähnt sind, die nicht ohnehin schon vorliegen sind.

Die jetzige Steuerbelastung ist: Grundvermögen 10,63 Proz., Betriebsvermögen 10,63 Proz., Gewerbesteuer 26,44 Proz. Die Besteuerungsgrundlagen werden entsprechend dem Ergebnis der Berechnung für das Rechnungsjahr 1927 angesetzt: beim Grundvermögen 5 Milliarden Mark, Betriebsvermögen 100 000 000 M., Gewerbesteuer 195 000 000 M.

Nach dem Antrag der Koalitionsparteien sind am Einkommen zu zahlen: Das Grundvermögen mit 68,70 Prozent, das Betriebsvermögen mit 12,20 Prozent, der Gewerbesteuer mit 19,10 Proz. Die Steuerbelastung beträgt 37 700 000 M. Neu ist nach dem Antrag, auch die sogenannten freien Berufe und die ihnen nahestehenden Gesellschaften, Handelsvertreter usw. zur Ertragssteuer herangezogen werden sollen. Es war ein Unrecht, daß A. B. die Ertragssteuer entrichten mußten, während die Zahnärzte ausgingen. Bei der Besteuerung des tatsächlichen Gewerbesteuerwertes werden Defizitjahre mit Null in die Durchschnittsrechnung einbezogen.

Seitens der Regierung werden im Haushaltsausschuss die gestellten Anträge einer gründlichen Erörterung unterzogen. Die Steuerfrage des Reiches wird nicht ohne weiteres auf das Land Baden übertragen werden. Die Steuerfrage ist in Baden ein für allemal, den Gewerbesteuer entrichten mußte, selbst nur noch 1200 M. Durch Anhebung hoher Lohntien und anderer Bonifikationen wird der Gewerbesteuer künftig verringert. Derselben Steuererleichterungsmaßnahme sind auch im übrigen Reich an der Tagesordnung. Eine Belastung des Gewerbes, wie es der Antrag Dr. Mattes verlangt, sei bedenklich, die Annahme eines Abganges von nur 2 Millionen Mark trügerisch. Eventuelle Mehreinnahmen an Steuern müßten nicht zur Steuererleichterung, sondern zur Verminderung des Defizits verwendet werden.

Am Mittwoch letzte der Ausschuss die Beratungen über die Relation zwischen Grundvermögen, Betriebsvermögen und Gewerbesteuer fort.

Ein Sozialdem. Redner tritt für die steuerliche Heranziehung der freien Berufe ein. Im Landesdurchschnitt sind 70 Prozent aller Gewerbetreibenden durch die Erhöhung der Freigrenze ertragssteuerfrei; in der Stadt Mannheim 65 Proz. Mit seinem Entschluß wies der Sprecher die jetzige Behauptung des Abg. Dr. Mattes zurück, monach außer ihm kein Steuerfachverständiger und nur drei Hausbesitzer im Haushaltsausschuss vertreten seien.

Abg. Dr. Mattes sah das Unbillbare seiner wohl in der Höhe des Gehalts getanen Äußerung ein; was er im Ausschuss zu seiner Entgegnung zu sagen hatte, lang wie ein Eingangsband, daß er seine Behauptung nicht aufrechterhalten könne. Die sozialdemokratische Presse hat eingehend den „Fall Dr. Mattes“ behandelt, weshalb von weiteren Bemerkungen heute abgesehen werden kann. — Dann fragte der „einzigste Steuerfachmann“ des Haushaltsausschusses die Regierung an; sie habe die Landwirtschaft, trotz der vorhandenen Notlage, belastet, indem sie in ein Belastungsverhältnis beim Grundvermögen von 68,70 Proz. einzuwilligen bereit sei, statt 61,32 Proz., wie es der Antrag Dr. Mattes vorschlägt. Die Regierung parierte den Anwurf mit der Feststellung, daß von sämtlichen bad. landw. Betrieben nur 5 Proz. Steuern vom Grundvermögen zu entrichten haben. — Ein Redner des Zentrums unterbrecht den von der Regierung ausgeprochenen Grundgedanken, daß Steuererleichterungen zur Deduktion des Defizits und nicht zur Steuererleichterung verwendet werden müssen. Energetisch weist auch er die Behauptungen von Dr. Mattes zurück, monach im Haushaltsausschuss nur drei Mitglieder vorhanden seien, die direkt Landessteuern entrichten. Es sind, nach getroffenen Feststellungen, deren 18.

In der Abstimmung wird der Koalitionsantrag, der die freien Berufe, Lohntienempfänger usw. zur Ertragssteuer heranziehen will, einstimmig angenommen. Der Antrag Dr. Mattes, der eine Schonung des großen Grundbesitzes herbeiführen und vom Grundvermögen 170, vom Betriebsvermögen 250, vom Gewerbesteuerertrag 150 Hundertteile der Steuergrundbeträge erheben wollte, wurde abgelehnt. Angenommen wird der Antrag der Koalition, vom Grundvermögen 225, vom Betriebsvermögen 275 und vom Gewerbesteuerertrag 150 Hundertteile der Steuergrundbeträge zu erheben.

Die Regierung hat, wie bekannt, dem Landtag einen Gesetzentwurf über Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft vorgelegt. Danach soll die Regierung ermächtigt werden, sich neben dem Reich mit zwei Drittel an einer Organisation (Treuhandsstelle) zu beteiligen, welche die Aufgabe hat, gemäß den Richtlinien für die Hilfsmaßnahmen des Reiches für Umschuldungshilfe inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und dazu erforderlichenfalls Grundstücke in der Zwangsversteigerung unmittelbar oder mittelbar zu erwerben. Der Gesamtbetrag an Umschuldungsdarlehen, für die der Treuhandsstelle die bezeichneten Aufgaben obliegen, darf die Summe von 8 Millionen Reichsmark nicht übersteigen.

Aus der Begründung geht hervor, daß bei der ersten Verteilung der Sammelanleihe des Reiches der Badische Sparfassen- und Giroverband den Betrag von 3,15 Millionen Reichsmark zugewiesen erhalten hat, die der Umschuldung der Landwirtschaft in Baden zu dienen bestimmt sind. Das Vorliegen eines Bedürfnisses für eine Umschuldung der badischen Landwirtschaft könne nicht bezweifelt werden. Aber die Höhe der für die Umschuldung in Betracht kommenden Schulden sind genaue Unterlagen nicht vorhanden. Die badische Girozentrale hat den Bedarf ihrer Sparfassen für die Umschuldungskredite auf 5,8 Millionen Reichsmark berechnet. Die Landwirtschaftsbank und die Bauernbank haben zusammen 5,2 Millionen Reichsmark umzuschuldende Kredite angemeldet. Wie groß die schwebende Verschuldung der Landwirte bei Privatpersonen, Händlern, Handwerkern usw. auf Wechsel und Schuldscheine ist, kann auch nicht annähernd festgestellt werden. Die bad. Landwirtschaftsbank schätzt die kurzfristigen kleinen Schulden an Geschäftsleute, an rückständigen Steuern usw. auf durchschnittlich 100 M. für jeden landwirtschaftlichen Betrieb, was bei 254 938 Betrieben einen Betrag von etwa 25 Millionen ausmachen würde. Von diesen Personalkreditlinien erachtet sie eine Summe von 12 bis 18 Millionen Reichsmark für umschuldbenötigt. Die Treuhandsstelle soll möglichst einfach in Form einer G. m. b. H. mit einem Gesellschaftskapital von 21 000 Reichsmark gestaltet werden, monach nur ein Drittel einzusuchen wäre. (Auch Württemberg hat eine Vorlage über die Zweidrittelhaftung des Landes verabschiedet.)

Derbe Abfuhr der Kommunisten im Landtag

Aus dem Landtag schreibt man uns:

In dem Stimmungsbericht und dem parlamentarischen Bericht über die öffentliche Sitzung des badischen Landtags vom 12. Juni ist bereits von der heftigen Abfuhr der Kommunisten durch den Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, den Genossen Emil Raier, kritisch Notiz genommen worden. In der Tat war die scharfe Auseinandersetzung mit den Kommunisten einmal eine Notwendigkeit! Diese redeten und schwärmten bei jeder Position des Vorantrags für das Ministerium des Innern ins Unerdliche, schimpften und kritisierten und taten sich als die Allererlebensmüder auf. Besonders der neu ins Parlament gekommene junge Abg. Hermann geht sich in schallenden Reden und in provozierenden Angriffen auf die Sozialdemokratie. Andere Abgeordnete, welche frisch in den Landtag kommen, befehen natürlich den Takt, zunächst zu schweigen, sich den parlamentarisch-technischen Betrieb anzusehen und dann erst im Landtag zu sprechen, denn schließlich ist es doch ein Unterschied, ob man in einer Körperschaft wie dem Landtag spricht oder in einer beliebigen Parteiverammlung. Um derartige allgemein gültige Verlogenheiten braucht sich in ein Kommunist nicht zu kümmern!

Es wurde deshalb wie ein reinigendes Gewitter, als Gen. Raier den kommunistischen Herrschaften einmal sagte, was sie eigentlich im badischen Landtag bedeuten, nämlich nichts! Auf seinem Gebiete könnten sie etwas leisten; kein einziger ihrer Anträge sei so vorbereitet, daß er auch in den Ausschüssen oder im Plenum angenommen werden könnte. Sie redeten lediglich zum Fenster hinaus und behaupteten dann, im Namen der Arbeiterheit zu sprechen. (Schon vorher hatte der Zentrumsschreiber Heurich sich namens der christlichen Arbeiter verbeeten, daß die Kommunisten, für die Gesamtarbeiterheit berufene Vertretung zu sein, annehmen.) Die Arbeiterheit, so jagte Raier, wäre schlecht daran, wenn sie sich auf die parlamentarische Hilfe der Kommunisten verlassen würde. Alle Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik, der Sozialversicherung, der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse seien letzten Endes den Sozialdemokraten zu danken. Die Kommunisten leisteten lediglich Störschuldenarbeit. Dieser Auffassung stimmte das Haus bei und folgte den Ausführungen Raiers, die in energischer Tonart vorgetragen waren, recht aufmerksam.

Die Kommunisten wurden recht kleinlaut und entließen sich auch der sonst üblichen Zwischenrufe. Ihre Art, den Landtag förmlich zu terrorisieren, ist damit einmal in energischer Weise zurückgewiesen worden. Ob dies auf die Dauer wirkt, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion keine Veranlassung, sich von diesen Maulhelden und politischen Narren ständig anzugreifen und provozieren zu lassen, denn sie allein leisten praktische Arbeit. Die Kommunisten reden, die Sozialdemokratie handelt — die Entscheidung ist nicht schwer, welche Partei in Wirklichkeit die Arbeiterinteressen wahr.

Die badische Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft

Die Regierung hat, wie bekannt, dem Landtag einen Gesetzentwurf über Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft vorgelegt. Danach soll die Regierung ermächtigt werden, sich neben dem Reich mit zwei Drittel an einer Organisation (Treuhandsstelle) zu beteiligen, welche die Aufgabe hat, gemäß den Richtlinien für die Hilfsmaßnahmen des Reiches für Umschuldungshilfe inländische Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung drückender landwirtschaftlicher Schulden durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen und dazu erforderlichenfalls Grundstücke in der Zwangsversteigerung unmittelbar oder mittelbar zu erwerben. Der Gesamtbetrag an Umschuldungsdarlehen, für die der Treuhandsstelle die bezeichneten Aufgaben obliegen, darf die Summe von 8 Millionen Reichsmark nicht übersteigen.

Aus der Begründung geht hervor, daß bei der ersten Verteilung der Sammelanleihe des Reiches der Badische Sparfassen- und Giroverband den Betrag von 3,15 Millionen Reichsmark zugewiesen erhalten hat, die der Umschuldung der Landwirtschaft in Baden zu dienen bestimmt sind. Das Vorliegen eines Bedürfnisses für eine Umschuldung der badischen Landwirtschaft könne nicht bezweifelt werden. Aber die Höhe der für die Umschuldung in Betracht kommenden Schulden sind genaue Unterlagen nicht vorhanden. Die badische Girozentrale hat den Bedarf ihrer Sparfassen für die Umschuldungskredite auf 5,8 Millionen Reichsmark berechnet. Die Landwirtschaftsbank und die Bauernbank haben zusammen 5,2 Millionen Reichsmark umzuschuldende Kredite angemeldet. Wie groß die schwebende Verschuldung der Landwirte bei Privatpersonen, Händlern, Handwerkern usw. auf Wechsel und Schuldscheine ist, kann auch nicht annähernd festgestellt werden. Die bad. Landwirtschaftsbank schätzt die kurzfristigen kleinen Schulden an Geschäftsleute, an rückständigen Steuern usw. auf durchschnittlich 100 M. für jeden landwirtschaftlichen Betrieb, was bei 254 938 Betrieben einen Betrag von etwa 25 Millionen ausmachen würde. Von diesen Personalkreditlinien erachtet sie eine Summe von 12 bis 18 Millionen Reichsmark für umschuldbenötigt. Die Treuhandsstelle soll möglichst einfach in Form einer G. m. b. H. mit einem Gesellschaftskapital von 21 000 Reichsmark gestaltet werden, monach nur ein Drittel einzusuchen wäre. (Auch Württemberg hat eine Vorlage über die Zweidrittelhaftung des Landes verabschiedet.)

Geheimrat Lewald †

Wenige Wochen vor Vollendung des 82. Lebensjahres ist hier Wirkl. Geh. Rat Ferdinand Lewald gestorben. Der Heimgegangene spielte vor dem Kriege im politischen Leben Badens eine bedeutende Rolle, war als hervorragender Verwaltungsmann weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannt und erfreute sich seiner von jeder demokratischen Art allseitiger Wertschätzung. Lewald wurde 1879 Finanzrat bei der bad. Steuerdirektion, 1884 Ministerialrat beim Finanzministerium, dabei noch mehrere Ehrenämter bekleidend. 1890 erfolgte seine Ernennung zum Domänendirektor, 1900 wurde Lewald an die Spitze des Verwaltungsgerichtshofes berufen. 1913 trat er in den Ruhestand. Auch als Mitglied der früheren Ersten Kammer, in der er zum fortgeschrittensten Mitglied zählte, ist er hervorgetreten.

Französische Regierung und Autonomisten

Die Freilassung Richlins und Koffes ist entgegen den gestrigen Mitteilungen von der französischen Regierung noch nicht ganz geklärt.

Entschädigung für Leister

Das Offenacher Schwurgericht, das dieser Tage den wegen Mordes unschuldig verurteilten Maurer Leister im Wiedererfassungsfahren freigesprochen hat, beschloß, dem Rehabilitierten eine Entschädigung für die gegen ihn erangene Strafe auszubilligen.

Bilderschan im Schloß Bruchsal. Die 2. diesjährige Kunstausstellung des Kunstvereins Bruchsal im Gartenlaal des Bruchsaler Schlosses umfaßt Bilder von Professor Adolf Hildenbrand, Pforzheim. Es ist ein erfreuliches Zeichen für die Tätigkeit dieses jungen Kunstvereins, daß es ihm gelang, immer wieder Ausstellungen von beachtenswerter Höhe und innerer Geschlossenheit auf Wege zu bringen. Die Hildenbrand-Ausstellung ist am Samstag, 16. und Sonntag, 17. Juni, letztmals geöffnet.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 14. Juni, zum zweitenmal Johann Straußens beliebte Operette „Die Fledermaus“ unter der musikalischen Leitung von Robert Schwarz. — Sonntag, den 17. Juni, gelangt Willibrod's dreifaktige Operette „Der Bettelstudent“ in der erfolgreichen Neuenföhrung zur Aufführung, unter der musikalischen Leitung von Josef Kriss und unter der Regie von Otto Krauß. — Als nächste und letzte Novität der Oper des Bad. Landestheaters geht Mittwoch, 20. Juni, zum erstenmal Hans Gals Spiel mit Göttern und Menschen „Die heilige Ente“ in Szene, in der Einföhrung von Oberregisseur Otto Krauß und Kapellmeister Rudolf Schwarz.

Literatur

Deutsche Arbeiterlänger-Zeitung, Organ des Deutschen Arbeiterlängerbundes. Erschienen ist die Nummer 6 des 20. Jahrganges. Inhalt: Hannover im Zeichen des Ersten Arbeiterlängerbundesfestes — Die letzten Anweisungen für das Bundeslängerfest — Hannoveraufstellungen — Der erste deutsche Arbeiterlängerverein — Musikalischer Fortschritt in der Chormusik — Die Wandlung des Männerchors — Auch die Chöre auf dem Lande! — Aus Wien — Die Erwerbung der Musikalienbibliothek von Siegfried Ochs — Ein neues Verlagswerk — 30 Jahre Arbeiterlängerbund — Verdiente Sängerbücher — Aus der Internationale der Arbeiterlänger — Konsertrundschau — Aus den Mitgliederkreisen — Kleine Chronik — Berichtedenes — Bundesnachrichten.

Wertvolle Arbeit

im Dienste der Volksgesundheit leistet der Arbeiter-Samariter-Bund. Genossen! Helft eure Sanitäts-Organisation ausbauen, spendet in der Woche vom 17.—24. Juni für die Arbeiter-Samariter-Kolonnen!

Deutsche Volkspartei als Manager des Großgrundbesitzes

Der Antrag Dr. Mattes u. Gen. will folgendes Belastungsverhältnis: Grundvermögen 61,32 Proz., Betriebsvermögen 12,89 Proz., Gewerbesteuer 26,79 Prozent. Diese Relation bedeutet Entlastung des Grundbesitzes und eine Belastung des Gewerbes, d. h. der Gewerbetreibenden und der Industrie zugunsten des großen Grundbesitzes. Der badische Hausbesitz ist an Grundvermögenssteuer mit nur 24 Prozent beteiligt. 80 Proz. Landwirtschaft befinden sich in der 3. Steuergruppe des Grundvermögens und sind deshalb steuerfrei. Eine Ermäßigung der Ertragssteuer auf Grundvermögen käme demnach zu 76 Prozent dem großen und großen Grundbesitz zugute. Die Deutsche Volkspartei ist dankbar für die selbstige Wahlhilfe, die ihr vom großen Grundbesitz zuteil geworden.

Kaspar Hauser

Die Frage nach der Herkunft des berühmten Findlings von Euxoda, des „Kindes von Euxoda“, will nicht zur Ruhe kommen. Nach 100 Jahren bewegt das Kaspar Hauser-Problem die gesamte Welt, unabhängig ist die Literatur, die über jenen schicksalhaften jungen Mann, der eines Tages im Jahre 1828 in Regensburg auftauchte und verhaftet wurde; auf und ab wogt der Kampf um die Persönlichkeit jenes jungen Mannes, einigen Jahren später wieder eine Spanne tiefster Auseinandersetzungen zwischen den Forschern. Selbst ist immer noch der Frage unstritten, Kaspar Hauser ein Betrüger war, oder ob er der Erzählung des Dr. Scherer als Kati von Baden war, der wenige Tage vor seiner Geburt geraubt wurde, nachdem an seiner Stelle ein anderer Säugling, das Kind einer Bäuerin, untergeschoben worden war. Jede Partei kämpft mit den scharfsinnigsten Argumenten für die Auffassung, zu Gunsten ist das Material anemachien, das beiden Seiten zusammengetragen wurde. Ob jemals eine eindeutige, einwandfreie Nachweis für die Richtigkeit dieser oder jener Auffassung erbracht werden wird, wer will das wissen? Vielleicht, wenn einmal das Familienarchiv der Fähringer in Regensburg geöffnet wird. Vielleicht, wenn einmal das badische Staatsarchiv seine Geheimnisse preisgibt.

Was ist es ja für uns von wirklich unerheblichem Interesse, Kaspar Hauser ein geldstücker Betrüger, der einige Jahre die Welt am Karrenrad herumfuhrte, oder ob er der letzte Jähringer war, wenn nachgewiesen würde, daß an dem prinzipiellen Verbrechen des badischen Verbrechen verübt wurde, um der „unheimlichen“ Fähringer-Diener, der die bis zur Revolution regierten badischen Fürsten entmanneten, die Thronfolge zu sichern: das mehr wie historisches Interesse? Ein kriminelles Verbrechen? Würde denn eine solche Tat verwunderlich sein? Der Betrüger in Deutschland verbannte seinen Thron, seine Macht, nicht irgend einem in seiner Familie oder unter seinen Verwandten begangenen Verbrechen oder einem Betrüge? Es ist doch die Karstellung der Kaspar Hauser-Funktion nur ein Verbrechen fürstlichen Intrigantentums mehr geklärt. Welcher Mogen sich also die Gelehrten, Schriftsteller, Romanstreiber, Historiker und Kriminalisten und wer sonst noch Zeit und Mühe mit ihm verbringt, die Köpfe zerbrechen und zerlegen, das Verbrechen mehr oder weniger unter den zusammengewürfelten Verbrechen vorgelassen ist.

Das Verbrechen ist ein Verbrechen, das in Karlsruhe in der Verbrechenkammer untergebracht ist, wurde neuerdings Verurteilung des Innenministers eines Kaspar Hauser-Funktion untergebracht, teils aus dem badischen General-

landesarchiv stammend, teils gestiftet von dem Kaspar Hauser-Forscher, Rechtsanwalt Dr. Karz in Gamburg. Mit der Aufstellung der Sammlung und der Bearbeitung des Materials wurde vom Ministerium Herr Polizeirat Leible beauftragt. Letzten Montag mittags fand nun im Saale des Landesstrafgefängnisses auf Einladung des Leiters des Museums, Herrn Genarmeries-Direktors, eine Zusammenkunft von leitenden Beamten der Polizei, der Justiz und der Presse statt, in der Herr Polizeirat Leible in einem ausgedehnten 2 1/2 stündigen Vortrag eine umfassende und erschöpfende Darstellung der vielumstrittenen Kaspar Hauser-Geschichte gab. Mit großem Fleiß hatte Herr Polizeirat Leible das riesige Material zu einem Vortrag zusammengetragen und geordnet. In objektiver Weise, ohne selbst ein Urteil zu fällen, trug Herr Leible ab das vor, was über Kaspar Hauser bis jetzt festgestellt und bekannt ist, das Tatsächliche wie auch die Dichtung wurden eingehend gewürdigt; zum Schluß ließ Herr Leible auch die umfangreiche Literatur Revue passieren. Es war eine große Arbeitsleistung, die Herr Leible mit der Sitzung dieses gewaltigen Materials vollbrachte, die zusammenfassende, übersichtliche Darstellung verdiente vollste Anerkennung, die auch Herr Oberstaatsanwalt Dietz unter Zustimmung aller Hörer aussprach. Es wäre zu wünschen, daß die Sammlung fortgesetzt und dauernd ergänzt wird, denn Kaspar Hauser der aus dem Schloß in Karlsruhe geraubte Jähringer Prinz gewesen sein oder nicht, sein Name bleibt doch allseitig mit dem Namen des Landes Baden verbunden. Wenn nicht durch die Wahrheit, so doch durch die Legende.

Freiwilligkassen Ettlinaen. Kommen Sonntag wird auf der Ettlinaer Waidbaldenbühne die erste Freilichtaufführung dieses Jahres stattfinden. Das zur Aufföhrung gelangende Volksstück „Eckehard“, das anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Söbentwiefelfestspiele einen großen Erfolg hatte, ist eine neue, in Anlehnung an den Schöfischen Roman geschaffene Dramatisierung des populär gemordenen romantischen Liebesdramas zwischen der schwäbischen Personin und dem als Lehrer auf den Söbentwiefelfestspielen bekannten St. Galler Mönch Eckehard, dem Schöf der Waldbarbarische. Wenn wären die prachtvollen Gestalten aus dem romantischen Roman nicht in Erinnerung, die hoheliebvolle und kluge Herzogin, ihre schwermächtige Dienerin Praxedis, der berbe und rebellische, oft humorvolle Ritter Spizzo, die verschiedenen Mönche von Reichenau und St. Gallen, die Bauern aus der Gegend und die Hünen, die von dem Beerhann des Söbentwiefel aus dem Feld geschlagen werden. Sie alle sind in dem Schauspiel verflochten, das der große, erwidrigte Dichter Franz Raim geschaffen hat und das durch eine erlebte Künstlerarbeit am kommenden Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, zur Aufföhrung gelangen wird. Um 2 Uhr am gleichen Tage findet eine Schülerveranstaltung zum Einzelpreis von 50 Pfennig statt.

Freiwilligkassen Ettlinaen. Kommen Sonntag wird auf der Ettlinaer Waidbaldenbühne die erste Freilichtaufföhrung dieses Jahres stattfinden. Das zur Aufföhrung gelangende Volksstück „Eckehard“, das anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Söbentwiefelfestspiele einen großen Erfolg hatte, ist eine neue, in Anlehnung an den Schöfischen Roman geschaffene Dramatisierung des populär gemordenen romantischen Liebesdramas zwischen der schwäbischen Personin und dem als Lehrer auf den Söbentwiefelfestspielen bekannten St. Galler Mönch Eckehard, dem Schöf der Waldbarbarische. Wenn wären die prachtvollen Gestalten aus dem romantischen Roman nicht in Erinnerung, die hoheliebvolle und kluge Herzogin, ihre schwermächtige Dienerin Praxedis, der berbe und rebellische, oft humorvolle Ritter Spizzo, die verschiedenen Mönche von Reichenau und St. Gallen, die Bauern aus der Gegend und die Hünen, die von dem Beerhann des Söbentwiefel aus dem Feld geschlagen werden. Sie alle sind in dem Schauspiel verflochten, das der große, erwidrigte Dichter Franz Raim geschaffen hat und das durch eine erlebte Künstlerarbeit am kommenden Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, zur Aufföhrung gelangen wird. Um 2 Uhr am gleichen Tage findet eine Schülerveranstaltung zum Einzelpreis von 50 Pfennig statt.

Freiwilligkassen Ettlinaen. Kommen Sonntag wird auf der Ettlinaer Waidbaldenbühne die erste Freilichtaufföhrung dieses Jahres stattfinden. Das zur Aufföhrung gelangende Volksstück „Eckehard“, das anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Söbentwiefelfestspiele einen großen Erfolg hatte, ist eine neue, in Anlehnung an den Schöfischen Roman geschaffene Dramatisierung des populär gemordenen romantischen Liebesdramas zwischen der schwäbischen Personin und dem als Lehrer auf den Söbentwiefelfestspielen bekannten St. Galler Mönch Eckehard, dem Schöf der Waldbarbarische. Wenn wären die prachtvollen Gestalten aus dem romantischen Roman nicht in Erinnerung, die hoheliebvolle und kluge Herzogin, ihre schwermächtige Dienerin Praxedis, der berbe und rebellische, oft humorvolle Ritter Spizzo, die verschiedenen Mönche von Reichenau und St. Gallen, die Bauern aus der Gegend und die Hünen, die von dem Beerhann des Söbentwiefel aus dem Feld geschlagen werden. Sie alle sind in dem Schauspiel verflochten, das der große, erwidrigte Dichter Franz Raim geschaffen hat und das durch eine erlebte Künstlerarbeit am kommenden Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, zur Aufföhrung gelangen wird. Um 2 Uhr am gleichen Tage findet eine Schülerveranstaltung zum Einzelpreis von 50 Pfennig statt.

Freiwilligkassen Ettlinaen. Kommen Sonntag wird auf der Ettlinaer Waidbaldenbühne die erste Freilichtaufföhrung dieses Jahres stattfinden. Das zur Aufföhrung gelangende Volksstück „Eckehard“, das anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Söbentwiefelfestspiele einen großen Erfolg hatte, ist eine neue, in Anlehnung an den Schöfischen Roman geschaffene Dramatisierung des populär gemordenen romantischen Liebesdramas zwischen der schwäbischen Personin und dem als Lehrer auf den Söbentwiefelfestspielen bekannten St. Galler Mönch Eckehard, dem Schöf der Waldbarbarische. Wenn wären die prachtvollen Gestalten aus dem romantischen Roman nicht in Erinnerung, die hoheliebvolle und kluge Herzogin, ihre schwermächtige Dienerin Praxedis, der berbe und rebellische, oft humorvolle Ritter Spizzo, die verschiedenen Mönche von Reichenau und St. Gallen, die Bauern aus der Gegend und die Hünen, die von dem Beerhann des Söbentwiefel aus dem Feld geschlagen werden. Sie alle sind in dem Schauspiel verflochten, das der große, erwidrigte Dichter Franz Raim geschaffen hat und das durch eine erlebte Künstlerarbeit am kommenden Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 5 Uhr, zur Aufföhrung gelangen wird. Um 2 Uhr am gleichen Tage findet eine Schülerveranstaltung zum Einzelpreis von 50 Pfennig statt.

### Kleine badische Chronik

**Oberhausen (Bruchsal).** Der in den 60er Jahren lebende Landwirt Florian Maier war in der Scheune mit Heuballen beschäftigt, als er plötzlich durch einen Fehltritt abfiel und sich schwer verletzte, daß der Tod alsbald eintrat.

**Höttingen (Forstheim).** Dienstag abend verletzte sich der 66 Jahre alte Landwirt Karl Dürr beim Seitenwehen schwer. Die Genie rutschte ihm aus und traf den Hals, wo sie eine tiefe Wunde verursachte und eine Arterie verletzte. Der zur Hilfe gerufene Arzt verband den Schwerverletzten und verbrachte ihn im Auto nach dem städt. Krankenhaus nach Forstheim, wo er sofort operiert wurde.

**Forstheim.** In dem benachbarten Forstheim wurde in der Nacht auf Samstag im dortigen Rathaus ein Einbruchversuch gemacht. Dem Landjäger gelang es, zwei der Tat verdächtige Personen zu ermitteln und ins Amtsgerichtsgefängnis nach Weibingen einsauliefern.

**Hornberg.** Vor der Einfahrt in die Station Niederwasser, wo gegenwärtig wegen Bauarbeiten der Betrieb einseitig aufrecht erhalten wird, ist eine in der Richtung Hornberg fahrende Maschine eines Güterzuges mit einer Achse entleert. Dadurch war der Verkehr nach beiden Richtungen für zwei Stunden unterbrochen.

**Emmendingen, Amt Waldshut.** Hier wurde eine Landwirtschafsfrau bei Arbeiten im Stall von einem Stild Vieh gestoßen. Nach einiger Zeit bekam sie heftige Schmerzen, die von inneren Verletzungen herrührten. An diesen verstarb sie bald darauf.

**Ludwigschafen (Amt Ueberlingen).** In der Nähe des Orisausganges in Richtung Ueberlingen wurde ein wandernder Handwerksburche von einem Lieferauto überfahren und sehr schwer verletzt. Beide Reine wurden dem Unglücklichen termalmt, außerdem trug er einen komplizierten Schädelbruch und schwere Hautabschürfungen davon. Es ist sehr fraglich, ob es gelinat, den Verunglückten am Leben zu erhalten. Er soll den Unfall selbst verschuldet haben, da er direkt in das Auto hineingelaufen sein soll.

**Zieroldsbosen.** Der 19 Jahre alte Sohn des Landwirts Karl Uhl war am Tabakpfeifen auf einer Leiter mit dem Boden des Gerads beschäftigt. Plötzlich löste er rucklings ab und brach das Gerad. Er war sofort tot.

**Neuland i. Schw.** Oberhalb der Kronenbütte der Straße Eibenbach-Neuland fuhr ein Personenauto gegen einen Baum und wurde vollständig demoliert. Der Chauffeur erlitt nur geringfügige Verletzungen, während der mitfahrende 30 Jahre alte Sohn Kiegel aus Donaueschingen alsbald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlag.

**Mitteilung der Buchhandlung Volksfreund.** Nach einer vorliegenden Anzeige des Verlags F. A. Brockhaus-Verlag ist eine Neuauflage des großen Konversationslexikons in 20 Bänden für den Herbst 1928 bevor. Der Verlag schreibt: „Der große Brockhaus will das große Deutsche Nachschlagewerk der Gegenwart sein. Er bedeutet für ein Menschenalter das letzte Wort auf seinem Gebiet“. Ein gewaltiges Werk — das Weltbild einer neuen Generation — hat nach jahrelanger Arbeit seinen Abschluß gefunden.



Die Zugkatastrophe bei Siegelstorf. (Bild links.)

Schwarze Samariterinnen. Eine Ausbildungsschule für schwarze Samariterinnen wurde im Gebiet des belgischen Kongo errichtet. Unter Bild (rechts) zeigt schwarze Schwestern bei der Säuglingsbehandlung.



Am Himmel lasen Sie:



Das sind die rechten Helfer im Haushalt!

Nehmen Sie



für alles, was waschbar ist, auch für Wolle, Seide und Kunstseide!



zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des harten Leitungswassers und zum Reinigen!



zum Putzen und Scheuern aller Gegenstände aus Metall, Holz, Stein, Glas, usw.

**Recker & Haufler** a. Ludwigsplatz, Spezial-Geschäfte für Herde u. Bäder

**Bade-Einrichtungen aus:**

Guss-Porz.-Emalle, JUNO-Wanne 1,73 Meter, mit Kupfer-Kohlenofen 110 Liter	Mark 210
„Hettlers-Suevius“ 120 Liter	Mark 230
oder Wandgasbadeofen 10-12 Liter	Mark 240
Wandgasbadeofen drucks. u. Ichwitzwfr. 12-15 Liter	Mark 230

Kostenlose unverbindliche Kostenvorschläge.  
Zahlungs erleichterung, Beamtenbank und Gaswerksbed. 3-jährige schriftliche Garantie.

**Instituts- und Privat-Gelder**

auf Hypotheken auszuliehen 8873

**August Schmitt**  
Bankkommission  
Karlsruhe  
Hirschstr. 13, Tel. 1117

Samtliche **Farben, Lacke** etc. gebrauchsfertig

für Anstriche aller Art vortellh. i. Farbenh. Haus

**Waldstr. 15, b. Colosseum**

**Henny Porten**

**Deutscher Beamtenbund**

Sonntag, den 17. Juni 1928, vormittags 10 Uhr

**Beamten-Versammlung**

im großen Saal der Festhalle zu Karlsruhe  
Herr Bundesvorsitzender F. Ugel-Beilin spricht über den

**Kampf gegen das Berufs-Beamtentum**

Samstag, den 16. Juni 1928, abends 8 Uhr

Zusammenkunft mit den auswärtigen Vertretern im Friedrichshof

**Konzert des Musikvereins Harmonie**  
Vorträge des Gesangsvereins Badenia

Die Mitglieder des deutschen Beamtenbundes sind zu diesen Veranstaltungen freundlich eingeladen

Landeskarteil Baden: Böhringer Thum

**Qualitäts-Möbel**

kaufen Sie am billigsten nur beim Fachmann

**Möbel-Fabrik Gebr. Klein**

Durlacherstr. 97      Ruppurrerstr. 14

Große Auswahl in allen Stücken      Ausstellung und Lager 4 Stockwerke

Schriftliche Garantie für jedes Stück      Besondere Teilmahlungen Retenkauf-Abkommen

Eigene Holzstockungs-anstalt. Geplante Hölzer      Erste Referenzen auf Wunsch

Kostenlose Lagerung

**Schlaf-Zimmer**

Eiche, kompl. mit 3-türigem Spiegelschrank, prima Arbeit, für nur 650.- abzugeben

**Möbel-Baum & Co.**  
Erzgrabenstrasse 30

**Rimberklappstuhl**

gut gepolst., bill. u. best. Morgenstr. 31 IV.

Zu verkaufen: Größ. Ladeneinrichtung mit Theke i. Textil od. sonst. bef. Geschäft geign. 6850 Gottesackerstr. 22, Zaben

**Sonderangebot**

in

**Weiß-Wein**

nur für kurze Zeit

Tischwein Literflasche 1.10 Mk.  
Malkammerer Liter 1.25 Mk.  
St. Martin Berg Liter 1.35 Mk.  
(ohne Glas)

**Bucherer**

in sämtlichen Filialen

# Karlsruher Chronik

Donnerstag, den 14. Juni 1928

## Geschichtskalender

1848 Zeughaussturm in Berlin. 1866 Bes. d. Freuß.-Deutsh. Krieges. 1873 Historiker Friedr. v. Raumer. 1894 Grubenkatast. in Karwin (2327). 1899 Samoa-Vertrag. 1903 Anatom Karl Gegenbaur. 1920 + Sozialwissenschaftl. Max Weber. 1921 Geol. Kalksteinbau in Belgien.

## Zehn Gebote für heiße Tage

1. Stehe früh auf, lüfte zeitig das Bettwerk und schließe spätere gegen 7 Uhr die Fenster und Läden.
2. Im Zimmer laße Wasser verdunsten in möglichst zahlreichen und flachen Gefäßen und du wirst über die angenehme Kühle erstaunt sein.
3. Bei Spaziergängen trage leichte Kleidung und in erster Sonnenhitze eine ebensolche Kopfbedeckung. Beim Trinken vermeide alle Hekt und läße dich erst gehörig ab. Das Durstgefühl läßt ganz bedeutend nach, wenn man einen Schluck Wasser solange im Mund behält, bis es warm geworden ist.
4. Wohlige kalte Bäder an heißen Sommertagen können den Tod zur Folge haben. Abkühlung des Körpers und eine schnelle kalte Abreibung der Arme und Brust ist dringendes Erfordernis.
5. Am Abend nach Untergang der Sonne öffne alle Fenster und Läden und lasse sie während der Nacht möglichst offen. Alle übermäßig warmen Decken beim Schlafen sind zu vermeiden.
6. Sei vorsichtig mit Speisen. Unter keinen Umständen dürfen leicht verderbliche Lebensmittel der Sonne ausgesetzt werden. Der jetzt unbenutzte Zimmertisch ist für kleine Gegenstände eine vorzügliche Kühlstätte.
7. Habe ein besonderes Augenmerk auf Regen und Wohlbehinden der Säuglinge. Stillen haben fast stets erhöhte Säuglingssterblichkeit zur Folge. Die junge Mutter fülle ihr Kind nach Möglichkeit selbst.
8. Eingetretene Dürstschläge lasse bis zum Eintreffen des Arztes durch Öffnen der Kleider und Abwägungen des Kopfes und Körpers mit kaltem Wasser abkühlen.
9. Gedenke auch der Tiere in dieser heißen Jahreszeit. Vieh, insbesondere Pferde und Rindvieh, aber auch die Kleintiere aller Art der Sonne stundenlang aussetzen, ist womöglich fehzubinden, ist eine arge Tierquälerei. Sorge deinen Haustieren mehrmals am Tage für lauberes, frisches Trankwasser.

## Aus dem Betriebe

### Der Firma Markthaler & Barth

Gesamte Verhältnisse zwischen der Betriebsleitung der Firma Markthaler u. Barth und der Arbeiterschaft

Dazu wird uns geschrieben:

Die Firma Markthaler u. Barth in Karlsruhe hat neuerdings einen Betriebsleiter eingestellt, der anstatt des Interesses der Geschäftes zu wahren und den Betrieb weiter in die Höhe zu bringen, es nur darauf abgesehen hat, die Arbeiterschaft zu terrorisieren. Das ewige Schikanieren wirkt ja nur hemmend und lähmend und kann sich dann der Arbeiter nicht mit seinem ganzen Gedanken der Arbeit widmen. Auf diese Art und Weise ist der neue Betriebsleiter seiner Firma nicht zu Nutzen, sondern zum Schaden. Ausdrücke, wie solche gebraucht werden, daß die Arbeiter nur ins Geschäft kommen, um sich darin zu erholen und wie im Paradies zu fühlen, muß sich die Arbeiterschaft ebenso dringend wie höflich verbitten, zumal der Arbeiter ja seine ganzen Kräfte einsetzt, um ja seiner Firma in jeder Hinsicht dienlich zu sein. Die Firma Markthaler u. Barth ist in den letzten Jahren zu den ersten Geschäftshäusern dieser Art amorschwiegen und dieser Aufschwung ist zum größten Teil einzig und allein der Treuehaftigkeit und dem Fleiße der Arbeiterschaft zu verdanken.

Der neue Herr Betriebsleiter hat seine Ansicht geäußert, daß die älteren Arbeiter alle entlassen und junge Leute eingestellt werden sollten, die man dann schieben kann, wie man sie braucht. So sind in kurzer Zeit verschiedene Arbeiter, verheiratete Männer mit Familie ohne jeglichen Grund entlassen worden. Wenn der Herr Betriebsleiter glaubt, daß sich die jungen Leute wie Sklaven behandeln lassen, so ist er sehr verkehrter Meinung und kann rubia wieder in sein Schwabenland zurückkehren, denn bei uns besitzt der einfache Arbeiter nicht nur Höflichkeit und Bildung, sondern er wird auch allen Ansprüchen, die man an ihn stellt, auch ohne Schikane seitens des Betriebsleiters gerecht werden.

## Plakate im Aether

Diesen Eindruck konnte man gestern wirklich haben, als man über unserer Stadt den lächerlichen Himmelschreiber die Plakate Perfil, Hento und Aia schreiben sah. Schon im Vorjahr wurden, überall wo die Himmelschreiber aufgeführt wurde, die Kunstfertigkeit des Piloten, sowie die gigantischen Ausmaße der rauchgeschriebenen Schrift bewundert. Die gestern geschriebene Himmelschreiber hat, Wort an Wort gekostet, wie wir erfahren, eine Länge von sage und schreibe 15 Kilometern, das entspricht einer Entfernung vom Turmberg Durlach bis an den Rhein. Man kann sich hieraus eine Vorstellung machen, welchen riesigen Weg der Himmelschreiber nehmen muß, um seine Arbeit auszuführen. Wenn wir dann noch hören, daß die ausgestobene Rauchmenge über zwei Millionen Kubikmeter beträgt, fühlen wir uns angefaßt dieser Zahl schier wieder in die hellge Inflationsspitze zurückverleert.

Das Schauspiel fand, wie gewohnt, die größte Aufmerksamkeit des Publikums; überall sah man interessiert zum Himmel schauende Menschengruppen, die eifrig debattierten und insbesondere beim Beginn jedes neuen Wortes an rufen lüchten, was der Pilot an seine riesenhafte Schreibtafel malen würde.

(\*) Berufung. Der ordentl. Prof. der Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. Theodor Krauer, hat einen Ruf als Direktor des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften an der Universität Köln erhalten und wird ihm Folge leisten.

Telephonverkehr nach Amerika. Vom 6. Juni an sind alle Orte Deutschlands zum Fernverkehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada zugelassen. Für ein Dreiminutengespräch werden je nach der geographischen Lage des amerikanischen Ortes 207 bis 267 RM. erhoben. Nähere Auskunft erteilen die Post- und Telegraphenämter.

70. Stiftungsfest des Gesangsvereins „Sängerbund“ Karlsruhe-Rheinheim. Der in Sängerkreisen bestbekannte Verein begeht in den Tagen vom 16. bis 18. Juni 1928 sein 70. Stiftungsfest verbunden mit der Weibei einer neuen Vereinsjahre. Als Einleitung findet am Samstag, 16. Juni ein Festkonzert im Saale „Zur Friedrichsstraße“ statt, wobei als Solisten Frau Erna Carter-Henkel und Fräulein Helene Schmidt mitwirken. Am Sonntag, 17. Juni finden sich zur feierlichen Weibei der neuen Fahne auch zahlreiche auswärtige Gesangsvereine ein und der festgebende Verein sowie die Rheinheimer Einwohnervereine sind eifrig bei den Vorbereitungen für einen würdigen Empfang der Festgäste. (Siehe auch die heutige Anzeige).

Schülerfest. Aufrufe und Plakate machen darauf aufmerksam, daß die Schülerschaft Karlsruhe G. B., gegründet 1721, aus Anlaß ihres hundertjährigen Jubiläumstages wieder im Besitze eines neuen Fests zu stehen, die festlichen immer in den Tagen des Volkes mitzufeiern. Die Schülerschaft versteht es überall im weiten Vaterland ihren Veranstaltungen den anscheinend Charakter guter Volksfeste zu geben, was die auserlesene Schülerschaft mit ihren abwechslungsreichen Darbietungen einen Rahmen gibt, der sonst nicht leicht geschaffen werden kann. — So wird auch in diesem Jahre wieder auf dem idyllisch gelegenen Platz des Karlsruher Schützenhauses ein Festplatz entstehen, der gewiß jedem gute Unterhaltung bieten wird.

50 jähriges Verbandsjubiläum. Der Weißarbeiter Hermann Staub kann heute sein 50 jähriges Jubiläum als freigezellig organisiertem Arbeiter begeben. Hermann Staub stand sein ganzes Leben in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Seit 1882 ist er Mitglied der SPD. und auch seit dieser Zeit Volksfreundleser. Wir wünschen dem nun bald 71 Jährigen, daß er sich noch recht lange seiner Gesundheit erfreuen möge und weiterhin der Arbeiterbewegung als treues Vorbild wie bisher, dienen möge, den Jungen zur Lehr, den Alten zur Ehr.

Promenadenkonzert. Bei günstiger Witterung findet am Donnerstag, den 14. ds. Mts., von 6—7 Uhr im Weiherfeld ein Promenadenkonzert der Polizeikapelle unter Leitung von Obermusikmeister Hellig statt.

## Aus den Vororten

Müppert. Sozialdem. Partei. Heute Donnerstag abend 8 Uhr im Kindergarten Vortrag des Gen. Hauptlehrer Kimmelman. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

## Lichtspielhäuser

Badische Lichtspiele. Auf vielseitigen Wunsch soll wieder einmal der humor seinen Einzug halten, und zwar in Gestalt von Pat und Patachon, den weltberühmten Komikern, die sich vom Freitag, den 15. Juni ab in ihrem Film „L'irrus Pat und Patachon“ zeigen werden. Eine reiche und zur Gänze neu geordnete Schaulust, die vom Zerkel Hofmann geplant wird und nur mehr für vornehme Manieren schwaumt, will der nach nächsten denende Verlobte ihrer Tochter fertigen. Hierzu gewinnt er Pat und Patachon, die gerade in Gesellschaft einer Tänzerin im Lande umherziehen. Nach einem zweifelhaftehinternden Unterhalt in seinen Manieren acht das Trio an die Arbeit. Die doch-tomischen Einfälle, die sich nun während des Aufenthaltes auf dem Gute ereignen, bereiten dem Zuschauer das höchste Vergnügen, und so werden unsere Gelben wie schon oft, auch jetzt wieder Jung und Alt zu herzlichen Lachen reizen. Außerdem läuft der Film „Der gute Kamerad“, ein prächtiges Bildwerk von Menschenschmerz und Gumbetreue. So alt wie das Menschengeschlecht ist die Freundschaft zwischen Mensch und Hund, und kein anderes Wesen ist so anhänglich, treu und flug wie dieser. Unkäufbar sind die vielen Dienste, die der Hund dem Menschen leistet, und besonders den bedauerndsten unterer Rassenmenschen, den Wunden, ist er ein Helfer geworden, sie unabhängig von Menschensorgen und Günst der Naturarbeiten des Lebens zu setzen. Zum Verständnis zu diesem unterem treuen Genossen und seinen besonderen Aufgaben als Wundhund und zu erleben wurde dieser Film geschaffen. Weder jeder dieses so segensreich wirkende Werk nach Kräften fördern helfen.

## Karlsruher Polizeibericht

Unfälle. Beim Ausladen von Granitsteinen schlug ein Arbeiter einem 20 Jahre alten Hilfsarbeiter gegen den Kopf. Er wurde dabei erheblich am Hinterkopf verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein 28 Jahre alter Hilfsarbeiter sog sich eine Querschnitts des rechten Fußes zu, weil ihm ein Lagergehäuse, das er einlegen wollte, auf den Fuß fiel.

## Verkehrsunfall

An der Kreuzung Sirsch- und Zollstraße stießen ein Motorradfahrer und ein Personenkraftwagen zusammen. Durch den Zusammenstoß wurden die Scheiben des Personenkraftwagens zertrümmert und der Fahrer im Gesicht verletzt. Das Motorrad wurde auf die Straße geschleudert, wobei sich der Fahrer am Arm verletzte. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt.

## Großer Unfall

Auf der Wache Mendelssohnstraße meldete der Führer eines Personenkraftwagens, daß er und noch 5 Insassen seines Wagens Höhe Waldhorn- und Kannelstraße von 6—8 Personen mit Bierflaschen bemordet worden seien. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Das Auto wurde jedoch erheblich beschädigt. Vier der Täter konnten ermittelt werden.

## Angeschossen

In der Nähe des Gutes Schöndorf auf dem Turmberg wurde ein 56 Jahre alter Mann von unbekanntem Täter angeschossen und am Kopf leicht verletzt. Das Turmberggebiet wurde von Polizeistreifen sofort abgelaucht. Der Täter konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

## Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 262, gef. 11, Refl 380, gef. 12, Maxau 574, gef. 2, Mannheim 468, gef. 28 Zentimeter.

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Vom Meer her ist außerordentlich reich ein neues Tiefdruckgebiet gegen das Festland vorzubringen und hat bereits Bewölkungsumzüge und einzelne Niederschläge hervorgerufen. Wir bleiben zunächst unter dem Einfluß des Westwinds.

Voranschlägliche Witterung für Freitag, 15. Juni: Weitere Regenfälle, zunächst noch warm, später Abkühlung.

## Gemeindepolitik

Die Ansetzung der Bürgermeisterei verworfen. Die von dem Rat der Bürgerlichen Vereinigung einge-reichte Ansetzung der Wahl des Bürgermeisters von Oberbürgermeister der Stadt Leber wurde vom Landeskommissar in Freiburg verworfen.

Stimmen, 14. Juni. Der Bürgerausschuß nahm gestern abend nach beschleunigter Beratung den Voranschlag mit allen gegen sechs Stimmen der Deutschen und Deutschen Volkspartei an. Der Fehlbetrag in Höhe von 321.938 M. wird wie folgt aufgebracht: Aus der Bürgerauskaufgabe 19.095 M., aus dem Grundvermögen in Höhe von 19.868.000 M. je 100 M. Steuerwert 83 S = 164.904 M., aus dem Betriebsvermögen in Höhe von 15.000.000 M. je 100 M. Steuerwert 33 S = 49.500 M., aus dem Gemeindefortschritt: unter 10.000 M. aus 626.700 M. Steuerwerte je 100 M. 495 S = 31.021 M., über 10.000 M. aus 927.600 M. Steuerwerte je 100 M. 616 S = 57.418 M.

Genevabach. Die Allgemeine Ortskrankenkasse hatte im ersten Quartal eine Einnahme von 70.876,95 M. Demgegenüber betragen die Gesamtausgaben 80.386,55 M. Von den Ausgaben entfallen auf Arztkosten einschließlich Familienversicherung 15.795,06 M., Zahn-behandlung 4487,60 M., Arzneien und Heilmittel 8125 M., Kranken-hauspflege 10.968,50 M., Krankeneid und Hausgeld an Verheiratete 24.768,79 M., Waisen- und Familienwochenhilfe 5856,25 M., Sterbe-geld 640 M., Verwaltungskosten bis einschließlich April 1928 8194,42 M. In ärztlicher Behandlung standen 1590 Fälle.

Genevabach. Bürgerausschußstimmungen. Als einziger Punkt stand der Verkaufsvertrag an Anstalt für Fräulein in Haslach auf der Tagesordnung. Der Verkaufspreis liegt im Stollen neben dem Hause Hofmann und ist 1.50 M. pro Quadratmeter. Gemeindeg. Gen. Franz Schulte verlas in der Debatte, daß den Häusern, die das Grundstück angefaßt haben, eine Entschädigung gegeben wird. Dies wurde vom Vorsitzenden sogleich. Die Vorlage wurde ein-stimmig genehmigt.

## Soziale Rundschau

Eine Studienreise badischer Gesellenvereine nach München. Das Badische Landesgewerbetag hat auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl junger Handwerker und Handwerkerinnen des Landes, welche die Gesellenvereine mit gutem Erfolg abgeleitet haben, mit der Verleihung eines Reisestipendiums für eine Studienreise nach

München ausgeschieden. In gleicher Weise haben auch die Handwerkerfamilien Mannheim, Karlsruhe und Freiburg für eine Anzahl Gesellenvereine eine Teilnahme an dieser Studienreise durch Verleihung eines Reisestipendiums ermöglicht. Die Fahrt wurde in der Zeit vom 3. bis 7. Juni unternommen und sollte in der Hauptsache dazu dienen, die jungen Leute mit den Meisterwerken der Naturwissenschaften und Technik sowie der Kunst und des Handwerks bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke wurden unter Führung des Regierungsrat Volmer vom Bad. Landesgewerbetag das Deutsche Museum, die Neue Pinakothek und das Bayerische Nationalmuseum besucht, sowie eine Reihe anderer Lebenswichtigkeiten der Stadt München besichtigt. Das rege Interesse, das die Reiseteilnehmer dem Gebotenen entgegenbrachten, läßt erwarten, daß die Studien-fahrt wesentlich zur Bereicherung der Kenntnisse beigetragen und wertvolle Anregungen zur Weiterbildung gegeben hat.

## Aus aller Welt

### Bayern muß 66 Menzel-Bilder zurückgeben

Frl. Krieger Mense, die Nichte des berühmten Malers Adolf Menzel, läßt 1908 66 Menzel-Bilder dem bayerischen Staat zurückgeben. Gegen die Gültigkeit dieser Schenkung hatte der Vormund der Minderjährigen, das reiche und vermehrte Krieger-Menzel-Erbe, erhoben und die Herausgabe der Bilder verlangt. Der bayerische Staat ist nun in erster Instanz zur Herausgabe der Bilder verurteilt worden.

### Drei Personen tödlich überfahren

Wie die Blätter aus Nancy melden, wurde eine Mutter mit ihren beiden 19 Monate und 3 Jahre alten Kindern vom Schnellzug Paris—Straßburg erfasst und auf der Stelle getötet.

Eine vollbesetzte Schiffsanlegebrücke zusammengebrochen. In Lieben bei Freiburg brach in den Abendstunden unter dem Andrang von Booten, die sich an Bord eines Dampfers begeben wollten, die schon morsche Schiffsanlegebrücke zusammen. Etwa 30 Personen fürzten in die Donau. Unter den zahlreichen Passagieren des Dampfers entstand eine Panik; die Mannschaften konnten jedoch alle ins Wasser gezwungen Personen bergen. Zahl der Verunglückten erlitten schwere Verletzungen.

### Ein Drama im Zoo

Im Zoologischen Garten in Agram spielte sich ein schwerer Unfall ab. Ein junger Mann wollte umstehenden zeigen, wie auf mit einer Köwin, die er täglich fütterte, befreundet sei. Die Köwin biß ihm bei dieser Gelegenheit die Hand ab. Der junge Mann fiel bewusstlos zu Boden.

### Vom Schlachtfeld der Arbeit

In Elz bei Limburg a. Rh. sind 2 Arbeiter das Opfer ihrer Berufsgefahren. Bei Ausschaltungsarbeiten in einer Ringelstange stürzte ein Tunnel zusammen. Drei Arbeiter wurden verletzt. Es gelang jedoch nur einem Arbeiter zu retten aber sehr schwer verletzt zu werden. Die beiden anderen Verunglückten konnten nur als Leichen geborgen werden.

Am Mittwoch Nachmittag hat sich im Bremer Stadionsraum in der Revolutionsstraße wiederum ein Baumsturz ereignet, das dritte innerhalb ganz kurzer Zeit. Bei dem Neubau eines großen Geschäftslokales stürzte plötzlich das Gerüst ein und beugte 5 Personen unter sich. Ein Baumeister und ein anderer Arbeiter wurden unter den Schuttmassen tot herausgehoben. Ein anderer Arbeiter wurde schwer verletzt. Zwei Arbeiter konnten bis Mittwoch abend noch nicht geborgen werden.

### Flugzeugunglück in Kopenhagen

Kopenhagen, 13. Juni. Im Bord eines Marineflugzeuges, das heute mittag über dem Stadteil Gesterbro abstürzte, befanden sich ein Beobachter als Führer und zwei Beobachter als Passagiere.

### Erdstöß

Bei Modena wurde gestern ein wellenförmiger Erdstöß von 1 Sekunden Dauer verspürt.

### Riesiges Schandfeuer

Auf dem Lagerplatz der Holzfabrik Gebr. Himmelsbach in Gausheim, Kreis Bingen, entstand heute mittag ein Großfeuer, das sich mit rasender Schnelligkeit über das Holzlager ausbreitete und großen Schaden verursachte.

### Der Katenflugzeugverlust

Zu dem Katenflugzeugverlust wird bezüglich mitgeteilt: Es handelte sich, wie von Steuer selbst betont wird, lediglich um einen Propeller. Da die „Ente“ eine Befähigung erlangt hat, dürfen diese Verluste erst in circa drei Wochen wieder aufgenommen werden.

### Arbeitslosenunruhen in Warschau

In Warschau kam es zu Arbeitslosenunruhen. Eine große Anzahl von Arbeitslosen begab sich vor das Gebäude des Arbeitsministeriums und verlangte, für eine Delegation Einlass zu erlangen. Der Polizei gelang es, die Demonstrierenden ohne größere Zwischenfälle zu zerstreuen.

### Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt. Die Parteigenossen und Genosseninnen werden gebeten, sich zahlreich an der Feuerbestattung des Genossen Widmann zu beteiligen. Diese findet am Freitag, nachmittags 14 Uhr, statt.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landesfest: Die Hebrer. Von 7 bis 10.15 Uhr.  
Palast-Bühnen: Amor auf St. Petrogramm.  
Gloria-Palast: Dona Juana, Petrogramm.  
Weltino: Mit Büchse und Lasso. 1. und 2. Teil. Petrogramm.  
Reidens-Bühnen: Lotta. Petrogramm.  
Kammer-Bühnen: Derulus Vater mit Reinhold Schimke.  
Westfall ums Leben.

Der 5. und 6. Juni

Veranstaltungen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Maßnahmen, oder werden durch den Tageskalender ersetzt.

Karlsruhe

Arbeiterpartei Groß-Karlsruhe. Samstag, den 16. Juni. Hauptprobe mit Musik auf dem Sportplatz an der Finkenheimer Allee. Schüler und Schülerinnen um 5 Uhr, Turner und Turnerinnen um 8 Uhr. Auch die Vororte müssen erscheinen.

Arbeiter-Samariterbund. Die Lebensstunde findet morgen abend 8 Uhr im Salmen statt. Pünktliches Erscheinen ist dringend erforderlich.

Geschäftsleiter: Georg Schäfflin. Verantwortlich: Volpert, Westfall, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: S. G. H. e. v. a. u. m.; Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine Nachrichten, Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Verkehrszeitung, Feuilleton, Prospekt, Beilage: Hermann Winter; Karlsruher Chronik, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Deutscher Arbeiter, Briefkasten I. B.; S. Winter, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Thaler. Familienwochenblatt: Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsgesellschaft Karlsruhe.

# Landeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Baden.

—el. Heidelberg, 11. Juni.

Die zweite Landeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt Baden, welche am Samstag und Sonntag in Heidelberg stattfand, war getragen von dem Willen der positiven Mitarbeit in der sozialen Fürsorge. Schon allein der Geschäftsbericht, den der Vorsitzende und Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Baden, Gen. Stadtrat K. Mann-Heidelberg gab — der weit über den Rahmen eines gewöhnlichen Geschäftsberichts hinausging — war ein Programm zur sozialen Tat der Arbeiterwohlfahrt. Auch die sich an den Geschäftsbericht anschließende Aussprache, welche auf hoher geistiger Ebene stand, war getragen von positivem Willen. Der Geist, der über der Konferenz schwebte, war sozialistisch, eine Gewähr dafür, daß man gewillt ist, den Willen zur Tat werden zu lassen. Wenn die Arbeiterwohlfahrt den beschrittenen Weg so weiter verfolgt — woran nicht zu zweifeln ist — so ist die Zeit nicht mehr fern, daß die Arbeiterwohlfahrt in der Wohlfahrtsfürsorge die Stellung einnimmt, die ihr angesichts der politischen Macht, die hinter ihr steht, rechtlich zukommt. Es wird natürlich noch schwere Kämpfe folgen, um all die Vorurteile, die auch in amtlichen Stellen noch vorhanden sind, zu beseitigen. Wir haben aber nach dem Verlauf der Konferenz den festen Glauben an die Erreichung des Zieltes gewonnen.

Der zweite Tag brachte zwei hochachtbare Vorträge des Bürgermeisters Gen. Dittger-Mannheim über Arbeiterschaft und Wohlfahrtsfürsorge und des Gen. Dr. Marcuse-Winden über Mutterchaft und Mutterschutz. Beide Vorträge waren fundamenter auf wissenschaftlicher Grundlage und machten sie aus diesem Grunde so äußerst lehrreich und boten eine Fülle von wertvollen Anregungen. Auch die Besichtigung der Taubstummenanstalt „Schloß Bruggabalden“ in Neckargemünd als Abschluß der so lehrreichen Konferenz bot für die Männer und Frauen, die in der praktischen Fürsorge stehen, äußerst interessante Einblicke. Wir zweifeln nicht daran, daß die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Konferenz nach dem Gehörten die Tat werden folgen lassen zum Wohle der Arbeiterwohlfahrt und zum Segen der sozialistischen Bewegung.

## Der Verlauf der Konferenz.

1. Tag.

Der Landesvorsitzende und Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Badens, Gen. Stadtrat K. Mann-Heidelberg eröffnete am Samstag um 3 Uhr im Speisesaal des „Rittershof“ die aus dem ganzen Lande Baden hierher besuchte 2. Landeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt Badens. Neben den männlichen und weiblichen Delegierten waren zu der Konferenz noch erschienen der Landesvorsitzende der sozialdemokratischen Partei Badens, Landtagsabg. Gen. K. Heibold-Mannheim, ferner die Landtagsabg. Genoffin W. Lasse-Mannheim als Vertreterin der badischen Landtagsfraktion, die Landtagsabg. Genoffin F. Fischer-Karlsruhe, ferner drei Vertreterinnen aus Baden, Vertreter der sozialdemokratischen Partei Badens, Genoffin W. Heiner-Mannheim als Vertreterin des Landesfrauenvereins, Vertreter der Arbeiterwohlfahrt Baden, Gen. A. Hoffmann als Vertreter der badischen Arbeiterwohlfahrt des A.D.S.B. Nach Begrüßung der Teilnehmerinnen betonte Gen. Mann, daß die Konferenz den Zweck habe, die soziale Arbeit der Arbeiterwohlfahrt zu fördern und neue Freunde für die Organisation zu gewinnen. Die Tagesordnung umfaßte 1. Geschäftsbericht, 2. Beratung der eingehenden Anträge, 3. Reuwall des Landesauschusses.

Gen. Rektor Schmitt begrüßte die Konferenz namens des Landesvereins der Arbeiterwohlfahrt Baden und betonte, daß die Arbeiterwohlfahrt an den eigenen Klassenangehörigen auf die Bahn geleitet habe. Sie will die augenblickliche Not des Proletariats lindern. Auf die Dauer ist es ein unzulässiger Zustand, unsere in Not geratenen Klassenangehörigen von bürgerlicher Seite betreuen zu lassen. Deshalb ist es Ehrenpflicht der Partei, die Arbeiterwohlfahrt zu fördern und zu unterstützen, wie es auf der anderen Seite nötig ist, daß sich Arbeiter, Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterwohlfahrt als Glieder eines mächtigen Organismus fühlen, um durch ihr Zusammenwirken das letzte Ziel, welches wir uns alle gestellt haben, zu erreichen. Gemeinchaftsgelbst ist die erste Voraussetzung hierzu.

Gen. Adolf Rauf begrüßte die Konferenz namens des badischen Arbeiterwohlfahrt Baden und betonte, daß wir wohl alle diese Wünsche mitbringen, die aber aus begründeten Gründen nicht alle erfüllt werden können. Wir werden aber wohl mit Rücksicht nach Hause gehen, die sich zum Segen der Arbeiterwohlfahrt auswirken werden.

Gen. Sekretär D. H. E. Mannheim gab nach bekannt, daß sich Minister Gen. Dr. K. Heilmann und Gen. Oberregierungsrat Karl K. Rauf-Karlsruhe, welche verhindert sind, persönlich an der Konferenz teilzunehmen, sich schriftlich entschuldigt haben und der Konferenz gutes Gelingen wünschen. Nach der Wahl der Mandatsprüfungskommission gab der Landesvorsitzende Gen. Stadtrat K. Mann den

### Geschäftsbericht.

Wenn wir auf das letzte Jahr zurückblicken, so betonte der Redner, so können wir feststellen, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Selbstverständlich gilt es noch viel zu arbeiten, um all die Vorurteile, die heute noch gegen die Arbeiterwohlfahrt, ja selbst von Parteigenossen und Ortsvereinsleitungen bestehen, zu beseitigen. Trotz all dieser Umstände gelang es uns, die Ortsauschüsse von 20 auf 35 zu erhöhen. Ortsauschüsse haben wir heute in allen badischen Städten und 465 Helfer stehen in Diensten der Arbeiterwohlfahrt. Im ersten Kreis bestehen 4, im zweiten 8, im dritten 11 und im vierten 12 Ortsauschüsse. Mit 15 Ortsvereinen steht die Arbeiterwohlfahrt noch in Fällung. Sehr schwer war es, Vertreter der Arbeiterwohlfahrt in die Fürsorgeverbände hineinzubringen. Im Oberfeld und Engen ist dies bis heute noch nicht möglich gewesen. Der Vorsitzende des Bezirksfürsorgeverbandes Engen lehnte das Ansuchen mit der Begründung ab, daß

die Sozialdemokraten Anträge in die Bezirksfürsorgeverbände hineinzubringen.

Es bedurfte der Inanspruchnahme des Ministeriums des Innern, diesen sozial-reaktionären Herren eines besseren zu belehren, aber nicht nur in den städtischen Bezirksfürsorgeverbänden steht man einer Vertretung der Arbeiterwohlfahrt ablehnend gegenüber, auch in den Städten ist dies der Fall. So hat z. B. die Stadt Baden-Waden eine Vertretung abgelehnt. Es muß unter Weiterleben sein, auch in den kleinsten Orten muß zu lassen, um Einfluß in die Bezirksfürsorgeverbände zu bekommen.

Gen. K. Mann kam dann auf die positive Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt im Lande Baden im abgelaufenen Jahre zu sprechen. Im Ortsauschuss Karlsruhe wurde zu den zwei Mädchenschulen noch eine Kochschule errichtet, der Ortsauschuss Offenburg eine Nähschule ins Leben, ebenso der Ortsauschuss Offenburg. Der Ortsauschuss Mannheim nahm die Erweiterung des Kinderheimes durch Angliederung eines Schülerheims vor. Der Ortsauschuss Heidelberg errichtete das Walderholungsheim Karlsruhe mit einem Aufwand von 15 000 Mk., der Ortsauschuss Durlach kaufte ein Motorrad, um die Milchverfälschung in den Betrieben durchzuführen zu können. In die Erholungsfürsorge haben die Ortsauschüsse Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe 1063 Kinder gegeben. In Heimen wurden 119 Kinder gegeben. Insgesamt wurden 1563 Kinder betreut u. ein Betrag von 45 000 Mark aufgewendet. Der Landesauschuss hat für örtliche Erholungsfürsorge 20 Pfa. und für Unterbringung im Heim 70 Pfa. pro Tag und Kind Zuschuß gewährt. Dieses Jahr werden wir wieder für örtliche Erholungsfürsorge 20 Pfa. Zuschuß gewähren, während wir für Unterbringung in Heimen nur 50 Pfa. aufbringen können. Der Landesauschuss hat sich wiederholt mit der Frage der zentralen Heimunterbringung beschäftigt und stellte die Frage, ob es möglich wäre, ein Heim für eine bestimmte Zeit zu mieten. Leider hat sich sehr wenig Interesse dafür gezeigt. Redner wendet sich dann zur Frage der Weihnachtserholung. In 18 Ortsauschüssen wurden 1500 Personen beachtet, welches einen Betrag von 25 000 Mark ausmachte. Den Sozial- und Invalidenrentnern wurde bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt. Die Elternabend sollen besser ausgebaut werden. Bei Einzelfällen ist schwer zu entscheiden, ob es gebietet sich die größte Vorsicht. In Notfällen muß darauf Bedacht genommen werden, daß diese vom Fürsorgeamt unterstützt werden.

Die Ausnahmestellung ist im städtischen Waisen begriffen und ist für die kleineren Ortsauschüsse von besonderem Wert. Für die Hochwassererschädigten in Sachsen konnten 2000 Mark abgeführt werden. Der Hauptauschuss beschäftigte sich auch mit einer Hilfsaktion anlässlich der Metallarbeiterstreikperrung. Durch die Vermeidung der Ausperrung konnte die Aktion auf Einzelfälle beschränkt bleiben.

Ein Schmerzenskind war die Finanzfrage.

Feste Beiträge sollen nicht erhoben werden. Die Lotterie hatte nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Im vorigen Jahre haben wir 196 000 Lose abgesetzt. Dieses Jahr war eine allgemeine Stockung zu beobachten und so wurden 16 000 Lose weniger abgesetzt. Redner kritisierte scharf, daß die Konsumvereine beim Losverkauf zu wenig Entgegenkommen zeigen. So hat z. B. der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe den Losverkauf strikte abgelehnt. Auch der Absatz der Wohlfahrtsmarken war nicht so, wie er hätte sein sollen. Die Ortsauschüsse sind auf Zuschüsse der Gemeinden usw. angewiesen. Unter Betreffenden ist, daß die soziale Fürsorge in die öffentliche Hand gelegt werden soll. Dies ist ein Wunsch, der nicht zugehen, daß nur Caritas und Innere Mission Zuschüsse bekommen, sondern wir müssen auf gleiche Behandlung pochen. Der allgemeine Kinderhilfsstag, den die Arbeiterwohlfahrt im vorigen Jahre durchführte, hat in Baden 110 000 Mark erbracht. In diesem Jahre haben wir von einem allgemeinen Kinderhilfsstag abgesehen, weil nicht überall die örtlichen Voraussetzungen gegeben waren. Heidelberg war aber in diesem Jahre mittergültig, da es am 6. Mai eine allgemeine Sammlung durchführte, welche den Betrag von 12 000 Mk. erbrachte. Die Verteilung der Gelder ging gleichmäßig vor sich zwischen Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Innere Mission. Man kann dies als einen moralischen Erfolg der Arbeiterwohlfahrt bezeichnen.

Die Stellung der Arbeiterwohlfahrt zu anderen Arbeiterorganisationen.

Mit den Kinderfreunden ist eine erprobte Tätigkeit noch mehr als bisher anzustreben, ferner ist eine engere Fühlungnahme mit den sozialistischen Lehrern und Lehrern zu wünschen. Mit den anderen Verbänden (Caritas und Innere Mission) wird durch eine Zusammenarbeit wenig positive Arbeit geleistet. Eine Zusammenarbeit mit diesen Verbänden ist anzustreben, wenn die Leitung einer amtlichen Person untersteht. Der Kampf um den Ausbau der öffentlichen Fürsorge hat starke Formen angenommen. In Baden handelt es sich darum, wer soll Träger der öffentlichen Fürsorge sein? Die sozialdemokratische Fraktion hat mit Red. dem Referentenentwurf, der die Weiterentwicklung der Bezirksfürsorgeverbände vorseht, zugestimmt. Die Kreise wollen die Aufhebung der Bezirksfürsorgeverbände, damit sie und die Gemeinden die Fürsorge in die Hand bekommen, um so den Fürsorgetat beradzubehalten. Redner bedauerte noch die Kürzung des Landesbestells an der Fürsorge und streifte noch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und das Jugendbeschäftigungsgesetz und tritt für Ausbau der staatlichen und städtischen Fürsorgeanstalten ein, da der größte Teil der Jugendlichen in caritativen Anstalten untergebracht ist. Genoffe K. Mann versinnlichte, die Konferenzteilnehmer auf die enge Tätigkeit der Caritas hinzuweisen, wie er auch betonte, mit welcher Energie unsere politischen Gegner wie die Kommunisten mit ihrer Dagegenwart „Ario“ und auch der Stadtheim für Augenmerk auf die fürsorgliche Tätigkeit richten. Verstärkter Kampf unter genauer Beobachtung des fortwährenden Strebens unserer politischen Gegner muß der Leitern zur Ausbreitung der Arbeiterwohlfahrt sein. Der ethische Gedanke der Arbeiterwohlfahrt muß im Vordergrund stehen, dann kann die Anerkennung durch die öffentlichen Körperschaften nicht ausbleiben, um so in die öffentliche Fürsorge hineinzukommen. Gute Schulung von Mitarbeitern ist nötig, deshalb ist beachtlich im Herbst in den einzelnen Bezirksauschüssen Wochenendschulungsbüro einzuführen. Die Ausnahmestellen sind auszubauen, den Vertrieb der Wohlfahrtsmarken werden wir in diesem Jahre wieder aufnehmen. Erfreulich ist ein eigenes Erholungsheim. Eine rege Tätigkeit muß einleiten, um die Finanzkraft zu heben.

Die Arbeiter der Arbeiterwohlfahrt kann nur Teilarbeit für die Partei sein. Die Arbeiterwohlfahrt will aber mit der wertvollsten Teil der sozialistischen Bewegung sein: „Des Volkes Wohl ist unser Arbeit Ziel!“ Das gleiche Selbstmotiv, welches Friedrich Ober, der große Sohn unserer Stadt sich für seine Lebensarbeit in so vorbildlicher Weise setzte. (Stürm. Beifall.)

### Die Aussprache.

Genoffin Dr. D. H. E. Freiburg begründete folgenden Antrag des Ortsauschusses Freiburg:

„1. Die Landeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt Baden stellt die Forderung auf, daß die einzelnen Ortsauschüsse für A. B. im Verhältnis zur politischen Stärke der Sozialdemo-

kratie bei dem Vollzug der Fürsorge beteiligt werden, was insbesondere bei der Bestellung von ehrenamtlichen Bezirksvorstehern und Fürsorgern in der Armenfürsorge zum Ausdruck zu kommen hat.

2. Der Landesauschuss für A. B. wird beauftragt, gemeinsam mit dem kommunalpolitischen Ausschuss der Partei zu beraten, welche Maßnahmen zu diesem Zwecke getroffen werden können und einheitliche Richtlinien für das ganze Land auszugeben.“

Die Rednerin betonte, daß die Zustände in Freiburg den Ortsauschuss zu diesem Antrag veranlaßt habe. Es sei einfach standals, wie gerade in Freiburg die Besetzung der Fürsorgetät und Armenpfleger sei.

Bürgermeister Gen. Dittger-Mannheim ist der Ansicht, daß in Freiburg die Handhabung der Fürsorge sehr reformbedürftig sei. Durch das Eiserfelder System ist es anderorts gelungen, Vertreter der Arbeiterwohlfahrt in die öffentliche Fürsorge hineinzubekommen.

Gen. D. H. E. Freiburg betonte, daß gute Zustände nur in den größeren Städten zu verzeichnen sind. In der Fürsorgeerziehung wird das deutsche Kind nicht nur betreut, sondern auch bebauert. Die Waisenkinder, die wir zu verzeichnen haben, beruhen darauf, daß man seine Menschheitskultur treibt. Rednerin schloß noch die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt in den kleineren Orten auf.

Genoffe D. H. E. Freiburg spricht sich gegen die Bezirksfürsorgeverbände aus; da es zu lange dauert bis die Fälle erledigt werden.

Genoffe Dr. K. Heilmann wendet sich gegen diese Ausführungen und spricht für die Erhaltung der Bezirksfürsorgeverbände. Scharf wendet sich Redner gegen die Kürzung des Fürsorgetats im badischen Landtag und macht auf die schlimmen Folgen, die daraus erwachsen, aufmerksam. Die Senkung der Sterblichkeit ist ein Beweis der sozialen Gesetzgebung. Er spricht sich gegen den Antrag Freiburg aus. Weiter betonte der Redner, daß das Straßenschild in Karlsruhe, seit Einführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sich nicht verschlechtert habe und behauerte die Ausführungen des Ministers Dr. K. Heilmann, der von einer Verschlechterung des Straßenschildes im Bad. Landtag gesprochen habe. Den Arbeitlosen und Invalidenrentnern muß die Arbeiterwohlfahrt die größte Aufmerksamkeit schenken.

Gen. D. H. E. Freiburg wendet sich gegen zu viele Lotterien und begrüßt die Wochenendturke.

Folgender Antrag Sodenheim ist noch eingelaufen: „Die heutige Landestagung der A. B. in Heidelberg stellt an den Bad. Landtag den Antrag: daß die Mittel für die gehobene Fürsorge wie in früherem Umfang bereitgestellt werden. Die Sicherstellung des notwendigen Lebensbedarfs der Hilfsbedürftigen ist trotz der herrschenden Finanznot aus sozialen und kulturellen Gründen eine unabwendbare Notwendigkeit.“

Nach Verlesung des Antrages durch den Gen. Sekretär D. H. E. Freiburg erhält das Wort

der Landesvorsitzende der sozialdemokratischen Partei Badens Landtagsabg. Gen. K. Heilmann,

der zunächst die Größe des Landesvorstandes und die besten Wünsche übermittelte. Mit den aus den Erfahrungen geborenen neuen Zweig der sozialistischen Bewegung der Kinderfreundebewegung sind an manchen Orten Differenzen mit der Arbeiterwohlfahrt entstanden. Er hoffe, daß die Differenzen mit der Kinderfreundebewegung, die vom Reichsparteiausschuss anerkannt ist, verhandelt, sobald die Sache eingelaufen ist. Der Gedanke der Solidarität muß vor allem horangestellt werden. Wenn beide Teile ihre Richtlinien verfolgen, können sie wohl nebeneinander herlaufen. Das badische Wohlfahrtsgesetz ist noch nicht verabschiedet. Das Zentrum, welches in der Regierungskoalition beteiligt ist, nimmt in dieser Frage einen anderen Standpunkt ein, als wir. Auch Kreismitglieder von uns stellen sich in Gegensatz zur Landtagsfraktion. Derliche und Kreisvertreter können eben keine Gesetze machen, weil hierzu viel größere Gesichtspunkte notwendig sind. Wahgebend für die Stellung der Landtagsfraktion ist die Tatsache, daß die örtliche Fürsorge bei den Arbeitern ganz anders gehandhabt wird, als dies durch die Bezirksfürsorgeverbände der Fall ist. Deshalb muß die Landtagsfraktion festhalten auf dem Standpunkt der Bezirksfürsorgeverbände. Bei der Einleitung des Zentrums wirft sich die Frage auf, ob die sozialdemokratische Partei noch länger in der Regierung bleiben soll. Leider ist es nicht gelungen, die Herabsetzung des Fürsorgetats im badischen Landtag zu verhindern, eine solche Politik kann niemals befriedigen.

Gen. Peter M. A. Freiburg tritt den Argumenten, die von einzelnen Rednern gegen den Antrag Freiburg ins Feld geführt wurden, entgegen. Wir müssen versuchen, von unserer Macht Gebrauch zu machen und verlangen eine Vertretung in der Fürsorge nach dem Grundgesetz, wie sich die Bevölkerung zusammensetzt. Von 84 Armenpflegern haben wir in Freiburg 5. Dies ist kein Zustand. Weiter verliest Gen. M. A. einen Redner, den die Stadt Freiburg Fürsorgeempfänger unterschreiben läßt, wonach dieselben sogar von der Erwerbslosenunterstützung sich einen Abzug gefallen lassen müssen. (Allgemeine Entrüstung.)

Genoffin Dr. D. H. E. Freiburg tritt Widerspruch ein, die sich im Laufe der Debatte wegen des Antrages Freiburg herausgestellt haben, entgegen.

Genoffin Landtagsabg.ordnete Fischer-Karlsruhe führte einige Beispiele auf, wie es das Zentrum im Landtag beschied, einseitig für die Interessen der Caritas einzutreten. Ferner trat sie für die Erwerbung eines Heimes für die Arbeiterwohlfahrt ein und wandte sich gegen den Revers, wie ihn Freiburg aufstellt. Wenn die Republik nicht unsozial gestaltet werden soll, müssen wir uns gegen solche Auswüchse wenden.

Genoffe J. A. Oberfeld trat für die Bildungsbüro ein.

Gen. K. Rauf-Karlsruhe begründete folgenden Antrag: „Wir empfehlen dem Landesauschuss zwecks Errichtung eines Heimes mit dem Gau Baden der „Hausfreunde“ in Verbindung zu treten, welcher im Redartal ein 4. Gauhaus errichtet.“

Weiter sprach nach Genoffe E. H. E. Sodenheim, Genoffin D. H. E. Freiburg, Genoffin M. A. E. Karlsruhe, Genoffin M. A. E. Mannheim, welche für ein inniges Verhältnis zwischen Arbeiterwohlfahrt und Kinderfreunde eintritt und sucht den letzten Stachel der Differenzen in der Geldfrage. Hier müsse



# Wohnungsdebatte im Landtag

## und Pflegeanstalten — Die Dienstzeit des Pflegepersonals — Vadanistellen — Das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen — Wohnungsbau und Wohnungsnot — Keine Forderung der Zwangsverpflichtung für Wohnräume — Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

Die Rede des Redestroms weiter. Titel für Titel, Paragraph nach Paragraph wird geprüft, lesend, kritisch beleuchtet, nichts wird überlassen und wo etwas zu bemerken ist, da erfolgt schon die Wortmeldung. So geht die Beratung nur langsam, Schritt um Schritt vor, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Gestern kamen die Vorschläge der Fraktion, erneuert, wie wiederholt schon, die Arbeit noch 37 Stunden wöchentlich Dienstzeit hat. Der Antrag einer Fraktion wurde angenommen, hoffentlich wird nun die Angelegenheit der Heil- und Pflegeanstalten nach dem Wunsche erledigt.

Der Rest der ganzen Vormittags-Sitzung nahm hernach die Auswertung des Titels Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen ein. In welcher Weise wurde die Wohnungspolitik des Landes, die die Interessen der Bevölkerung, das Siedlungs- und Wohnwesen, dem Wohnungsbau zusammenhängend, beizubringen, Erkreuzung der Mittel durch die Regierung, das ist eine Forderung der Fraktion für Wohnungen ablesend; für gewerbliche Räume weitere Forderungen. Auch das wird sich um Siedlungsfragen auswirken, denn die Erhöhung der Mieten für gewerbliche Räume die doch sofort eintritt, wenn die Räume freigegeben werden, muß die Auseinandersetzung wieder, das nur die mehrstufigen Auseinandersetzungen wieder, das nur die Demokratie die Schlichterin und Hüterin der Interessen der Bevölkerung. Die Haltung aller anderen Parteien ist halb und halb. Der Rest ihrer Rede-Wörter wählten sie die vor der Regierung und Ausbeutung durch den Hausbesitzer bewahren. Sozialistische Einstellung wendet sich aber gegen jede Einschränkung des „freien Spiels der Kräfte“, auch dem Gewerbe des Landes soll die größtmögliche Gewinn- und Profitzielsetzung gestattet sein. So kann bei solcher zwiespältiger Haltung der Regierung eben nur eine Halbheit herauskommen. Man muß die Mieten heben, aber den Hausbesitzern nicht wehe tun! — Die Darlegungen unseres Sprechers, des Gen. Grobmann, aus vertraulichen Kreisen der Hausbesitzerorganisationen, wie sich die Hausbesitzer eines künzlich feiernden Wohlwollens und die Sparmaßnahmen der Hausbesitzerorganisationen Millionen zu Millionen annehmen, machten auf den Vertreter des Gewerbes, des Herrn v. Au, solchen Eindruck, daß er erwiderte, er habe ja mit seinem Wort von der Not des Hauses gesprochen. Na also! Wenn dieses Gewerbe nicht notleidet, was ist es auch nicht nötig mit seiner Ware, den Mieten, zu buhlen.

32. Sitzung

h. w. Karlsruhe, 13. Juni.

### Einzelberatung über das Budget des Innenministeriums

Die Beratung über das Budget des Innenministeriums beginnt mit der Forderung einiger Staatsposten, die sich aus dem Personalstand ergibt. Die entsprechende Genehmigung findet ferner die Anforderung von 1000 Stellen für die Landesverwaltung, nachdem der Antrag des Innenministers auf Verwendung von 30000 M. für den Ausbau der Landesverwaltung zurückgewiesen ist.

Abg. Arnold (Soz.)

Der Herr Minister hat zur Sprache, daß ungefähre 1000 Stellen in der Landesverwaltung und in den Kreisverwaltungen geschaffen werden. Es ist ein niedriger Stand, der die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen kann. Die Landesverwaltung ist in einem Maße zu verkleinern, daß die Kreisverwaltungen sich selbst unterbringen können.

Herrmann (Komm.) beantragt Streichung aller Ausgaben für die Landesverwaltung und beschließt sich dem mit der Landesverwaltung in die Kreisverwaltungen zu übertragen. Die Landesverwaltung, deren Aufgaben fast ausschließlich die Verwaltung der Kreisverwaltungen sind, ist zu streichen. Es dürfte zu empfehlen sein, daß man innerhalb der Landesverwaltung eine Trennung vornimmt. Es handelt sich um eine Hausfrage und es ist darum zu wünschen, dem Wunsche des Abg. Arnold keine Rechnung zu tragen. Der Abg. Herrmann will die Streichung der Ausgaben für die Landesverwaltung. Dagegen ein Wort: Sämtliche Aufgaben der Landesverwaltung sind für die Kreisverwaltungen zu übertragen. (Hört, hört! im Zentrum.) Mit dem Antrag der Landesverwaltung zu prüfen, ist die Regierung einverstanden. Auch die Landesverwaltung ist in der Hausfrage um eine finanzielle

kommunistischen Anträge werden darauf abgelehnt, daß der Titel X Vadanistellen bringt Abg. Behringer (D.N.) eine Forderung, daß die Trinkhalle bisher nicht ausgebaut werden soll. Der Herr Minister hat die Forderung des Landesrates, daran teilzunehmen, daß die Regierung auch für die Vadanistellen ihre tatkräftige Unterstützung angeben läßt.

Titel X wird ohne weitere Debatte genehmigt, desgleichen Titel XI, Vadanistellen (Landesbesuchmännchenstellen).

Zu Titel XII

### Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

erhält Abg. Dr. Glöckner (Dem.) das Wort, um über das Gesetz des Verbandes badischer Gemeinden vom 31. Januar 1928 betr. die Verteilung des für den Wohnungsbau bestimmten Landesanteils an der Gebäudebesondersteuer und die auf den gleichen Gegenstand bezüglichen weiteren Gesetze zu berichten. Der Hausbauausweis ist der Ansicht, daß der vom Landtag beschlossene Modus der Verteilung und die Art seiner Durchführung seitens der Regierung das Richtige treffen. Er stellt deshalb den Antrag, alle Gesetze als durch die am 8. Juni d. J. abgegebene Aeußerung des Ministeriums des Innern erledigt zu erklären. — Abg. Geurich (Zentr.) bittet um Durchführung eines Wohnungsbauprogramms. Die Regierung wolle beim Reiche darauf hinwirken, daß eine gerechtere Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Land erfolgt. Hauptsächlich sei der Bureaucratismus mancher Gemeinden. Es sei falsch zu behaupten, daß der Wohnanteil zur Verteilung des Bauens beitrage. Der Wohnanteil sei sich im wesentlichen gleich geblieben, aber die Materialien hätten sich empfindlich verteuert. — Abg. Gündert (D.N.) erwidert dem Vordem, er habe den Beweis dafür nicht erbracht, daß der Bureaucratismus der Gemeinden das größte Hemmnis für den Wohnungsbau darstelle. Was die Städte aus der Gebäudesteuer erliefen, reiche bei weitem nicht an die enormen Leistungen der Gemeinden heran. — Abg. Mann (Zentr.) wünscht größeres Entgegenkommen der Bauverwaltung bei Erteilung der Bauverläubnisse.

Abg. Marzloff (Soz.)

hält ein rascheres Tempo im Wohnungsbau für geboten. Die Gemeinden haben aus eigenem ganz bedeutende Mittel aufgewendet, um dem Wohnungselend zu steuern. Was die Bautypen anbelange, so gebe es in Deutschland fast überall die gleichen Typen. Die Gemeinden sollten auf die Voraussetzungen für die Gewerbe verzichten. Solange Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit bestehen, müsse die Zwangswirtschaft aufrechterhalten werden.

Abg. Lang (D.N.) verweist auf eine ungewöhnliche Ueberjüngung des Holzpreises. Hier müßte der Staat mit seinem reichen Holzstand eingreifen. — Abg. Heilmann (Dem.) erinnert ebenfalls an die großen Aufwendungen der Städte zur Finanzierung des Wohnungsbauens. Man veranlagte sich darüber hinaus die Höhe des Zins- und Tilgungsdienstes der verbandsfreien Gemeinden. Eine besondere soziale Pflicht bestünde in der guten glücklichen Lösung der Wohnungsfragen für die Schwertriebsgeschädigten und die hinfälligen Familien. Das man auf die Zwangswirtschaft erst dann verzichten kann, wenn die Wohnungsnot einigermaßen gebrochen ist, ist ein durchaus vertretbarer gesunder Gedanke. — Abg. Bod (Komm.) kann sich mit der heutigen Wohnungspolitik nicht befreunden. Sie läme denen sagte, die hohe Mieten bezahlen könnten, es sei denn, daß sich die betr. Familie mit nur einem Raume begnügt und die übrigen Zimmer an Untermieter abgibt. — Abg. v. Au (Wirtsch.) meint, die Wohnungsnot werde nicht beseitigt, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß neben der öffentlichen Bauten in weitestgehendem Maße auch die private Bautätigkeit einsetzt. Ohne solchen zweckmäßigen Ausbau der Zwangswirtschaft würden normale Verhältnisse nicht eintreten. — Abg. Bod (3.) setzt sich für nachbaltige Förderung der Innenfinanzierung ein. — Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) weist darauf hin, daß in Baden noch etwa 80 000 Hektar nicht melioriert sind. Hier könnte landwirtschaftliches brauchbares Gelände geschaffen und eine Anzahl Bauernfamilien angesiedelt werden. Mit der Entsendung von Demonstrationen nach dem Osten werde nichts geschaffen. Eine großzügige Siedlung im Reiche ist möglich, auch für die badischen Landwirtschaften wünschenswert. Dazu muß aber von dem Entlassungsparagrafen Gebrauch gemacht werden ohne Vorenthaltung an den ostelbischen Großgrundbesitzern. Auch wird die Meinung, daß ein Ausstieg zwischen Baupreis und Mietpreis nicht erfolgen müßte. Solange aber die Industrie erkräftigt, nicht in der Lage zu sein, den Mietern die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die höheren Mieten tragen zu können, solange müssen wir uns mit dem jetzigen System begnügen. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft wären die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

Abg. Bod (Komm.)

läßt ein rascheres Tempo im Wohnungsbau für geboten. Die Gemeinden haben aus eigenem ganz bedeutende Mittel aufgewendet, um dem Wohnungselend zu steuern. Was die Bautypen anbelange, so gebe es in Deutschland fast überall die gleichen Typen. Die Gemeinden sollten auf die Voraussetzungen für die Gewerbe verzichten. Solange Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit bestehen, müsse die Zwangswirtschaft aufrechterhalten werden.

Abg. Lang (D.N.) verweist auf eine ungewöhnliche Ueberjüngung des Holzpreises. Hier müßte der Staat mit seinem reichen Holzstand eingreifen. — Abg. Heilmann (Dem.) erinnert ebenfalls an die großen Aufwendungen der Städte zur Finanzierung des Wohnungsbauens. Man veranlagte sich darüber hinaus die Höhe des Zins- und Tilgungsdienstes der verbandsfreien Gemeinden. Eine besondere soziale Pflicht bestünde in der guten glücklichen Lösung der Wohnungsfragen für die Schwertriebsgeschädigten und die hinfälligen Familien. Das man auf die Zwangswirtschaft erst dann verzichten kann, wenn die Wohnungsnot einigermaßen gebrochen ist, ist ein durchaus vertretbarer gesunder Gedanke. — Abg. Bod (Komm.) kann sich mit der heutigen Wohnungspolitik nicht befreunden. Sie läme denen sagte, die hohe Mieten bezahlen könnten, es sei denn, daß sich die betr. Familie mit nur einem Raume begnügt und die übrigen Zimmer an Untermieter abgibt. — Abg. v. Au (Wirtsch.) meint, die Wohnungsnot werde nicht beseitigt, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß neben der öffentlichen Bauten in weitestgehendem Maße auch die private Bautätigkeit einsetzt. Ohne solchen zweckmäßigen Ausbau der Zwangswirtschaft würden normale Verhältnisse nicht eintreten. — Abg. Bod (3.) setzt sich für nachbaltige Förderung der Innenfinanzierung ein. — Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) weist darauf hin, daß in Baden noch etwa 80 000 Hektar nicht melioriert sind. Hier könnte landwirtschaftliches brauchbares Gelände geschaffen und eine Anzahl Bauernfamilien angesiedelt werden. Mit der Entsendung von Demonstrationen nach dem Osten werde nichts geschaffen. Eine großzügige Siedlung im Reiche ist möglich, auch für die badischen Landwirtschaften wünschenswert. Dazu muß aber von dem Entlassungsparagrafen Gebrauch gemacht werden ohne Vorenthaltung an den ostelbischen Großgrundbesitzern. Auch wird die Meinung, daß ein Ausstieg zwischen Baupreis und Mietpreis nicht erfolgen müßte. Solange aber die Industrie erkräftigt, nicht in der Lage zu sein, den Mietern die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die höheren Mieten tragen zu können, solange müssen wir uns mit dem jetzigen System begnügen. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft wären die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.)

weist darauf hin, daß in Baden noch etwa 80 000 Hektar nicht melioriert sind. Hier könnte landwirtschaftliches brauchbares Gelände geschaffen und eine Anzahl Bauernfamilien angesiedelt werden. Mit der Entsendung von Demonstrationen nach dem Osten werde nichts geschaffen. Eine großzügige Siedlung im Reiche ist möglich, auch für die badischen Landwirtschaften wünschenswert. Dazu muß aber von dem Entlassungsparagrafen Gebrauch gemacht werden ohne Vorenthaltung an den ostelbischen Großgrundbesitzern. Auch wird die Meinung, daß ein Ausstieg zwischen Baupreis und Mietpreis nicht erfolgen müßte. Solange aber die Industrie erkräftigt, nicht in der Lage zu sein, den Mietern die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die höheren Mieten tragen zu können, solange müssen wir uns mit dem jetzigen System begnügen. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft wären die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

Abg. Grobmann (Soz.)

setzt sich mit dem Abg. v. Au auseinander. Abg. v. Au vertrete nicht den Teil der Hausbesitzer, der Not leide. Abg. Grobmann stützt dann auf dem sog. „vertraulichen“ Material die Berichte des Verbandes der Hausbesitzerorganisationen und der Grund- und Hausbesitzerverbände, aus denen hervorgeht, daß der Grund- und Hausbesitzverstand sich in einem steigenden Wohlstand befindet. Die Sparmaßnahmen der Hausbesitzerorganisationen erreichen eine erhebliche Zahl von Millionen. Der Grund- und Hausbesitz habe deshalb kein Recht, über Not zu klagen. Der private Wohnungsbau werde die Wohnungsfrage nicht lösen. Es liegen heute noch hunderte Bauarbeiter auf der Straße. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft

würden die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

würden die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

würden die Arbeiter der Wirtschaft des Grund- und Hausbesitzes ausgeliefert. Die Schwertriebsgeschädigten haben in erster Linie das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. Der Redner wandte sich dann gegen den Abg. Bod. So sei es nicht, als ob gar nichts gechehen wäre. Die Sozialdemokraten trauten sich, daß seit 1919 in Baden 60 000 Wohnungen neu erstellt werden konnten. Laufende armer Leuten seien aus den Dörfern herausgenommen. Die Leute hätten festgestellt, daß die Arbeiterfamilien in der Seidelberger Siedlung Schaffensgrund außerordentlich gesund sind als jene in der Altstadt. Die Straßen- und Gehwegarbeiten können gesund, aber nicht geschenkt werden. Die würden dann ja auch den Vermögenden zugute kommen. Wir werden jeder zur Förderung des Wohnungsbauens geeignete Maßnahmen unterstützen, wollen aber auch anerkennen, was die badische Regierung auf diesem Gebiete getan hat.

werden die Mieter nach Strich und Faden ausgebeutet werden; natürlich wird es auch unter den Hausbesitzern Ausnahmen geben. Alles in Allem betont der Redner, daß der Hausbesitz rapid aufwärts marschiert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Hörenbach geht auf verschiedene in der Aussprache aufgeworfene Fragen ein. Sowohl die Reichsregierung wie die Landtagsregierung haben rechtzeitig für 1928 ein Bauprogramm aufgestellt. Aber es fehlte das Geld und es fehlt heute noch. Erinnern wir uns an die pöbliche Verknappung des Geldmarktes 1927/28 und daran, daß sich die Reichsregierung gezwungen sah, die Auslandsanleihen einzuschränken. Leider wird der Standpunkt, daß die Förderung des Wohnungsbauens nicht zu den produktiven Ausgaben zähle, immer noch seitens des Reiches aufrechterhalten. Was Baden anlangt, so reichen wir mit den Mitteln der Gebäudebesondersteuer und der Wohnungsbauleihe nicht aus. Wir verteilen monatlich 900 000 M. an die Städte und ländlichen Bezirkswohnungsverbände. Aus der Wohnungsbauleihe von 10 Millionen konnten bisher 7,7 Millionen zur Verteilung kommen, deren Unterbringung dem Finanzminister anliegen ist. Er ist a. Z. bemüht, auch die restlichen 2,3 Millionen unterzubringen. Wir haben ferner den vom Landtag bewilligten 5 Millionenkredit zur Zinsverbilligung verteilt. Alle diese Gelder sind unzureichend. Wir müssen lobend anerkennen und hervorheben, daß unsere Städte sich ernstlich bemühen, weit mehr Mittel für den Wohnungsbau aufzuwenden, als ihnen aus der Gebäudebesondersteuer zur Verfügung stehen. Die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft würde zu einer entsetzlichen Katastrophe führen. Das das Ziel die Aufhebung sein muß, sei allen klar. Nur über den Zeitpunkt vermag man keine Besprechung anzustellen. Die Klagen des Abg. Amann über die Verzögerung von Baugesuchen durch das Bezirksamt Ueberlingen werden wir nachgehen. Die Bezirksämter sind angewiesen, Befehden jederzeit als Eilfälle zu behandeln. Der Regierungsvertreter teilt schließlich an der Hand von Zahlen mit, daß auch die Zuschüsse zu Bauvorhaben für Kreisbeschädigte und hinfällige Familien keineswegs gering sind. Der Kleinwohnungsbau ist natürlich in erster Linie zu fördern. Was das Wohnungsmangelgesetz betrifft, so werden wir angesichts der vertriebenen gelagerten örtlichen Verhältnisse allgemeine Richtlinien für das Land nicht hinausgeben. Zur Zeit schweben Erwägungen zur Forderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume. Weiter zu geben, läßt der Staatspräsident a. Z. nicht für tragbar. — Der Redner stellt zum Schluß mit Genehmigung die Erfolge im Wohnungsbau in Baden fest. Das von 60 000 neuerrichteten Wohnungen 40 000 bewohnt werden konnten, will schon etwas heißen.

Abg. Duffner (Zentr.) wendet sich gegen den Abg. Lang wegen dessen Aeußerung über die Holzwirtschaft. — Abg. Büttner (Dem.) äußert sich zur Siedlungsfrage. — Abg. Bod (Komm.) befaßt sich mit der Siedlungsfrage. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Geurich (Zentr.), v. Au (Wirtsch.), Lang (D.N.), Gündert (D.N.), Maier-Heidelberg (Soz.), Sad (Zentr.), Grobmann (Soz.) und Bod (Komm.) erfolgt Abstimmung über den Titel, der genehmigt wird. Weiter wird folgende Entschließung der Regierungspartei angenommen:

Die Regierung wird erucht, zu prüfen, ob ohne Beeinträchtigung des Eigenheimbaues auch den gemeinnützigen Bauvereinigungen Sonderdarlehen bewilligt werden können, wenn sie Kriegsbeschädigten und Kinderreichen dauernd geeignete Wohnungen zur Verfügung stellen.

Der Voranschlag der Wohnungsfürsorge wird ebenfalls angenommen.

Es wird aufgerufen der Titel

### Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

Abg. Hartmann (Zentr.) fordert erhöhten Arbeiterschutz. Die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamts sei anzuerkennen. Der Wert des Betriebsratsgesetzes werde noch nicht von allen Arbeitern und Arbeiterinnen erkannt. Manche Arbeitgeber setzen auch der Wahl des Betriebsrats Widerstand entgegen. Baden sollte bei der Zuweisung von Arbeit vom Reiche besser berücksichtigt werden. Es sollten Mittel zur Förderung der Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Das das Arbeitsamt nach Lauda kam, ist zu bedauern. Zu bedauern wäre, wenn an die Spitze der Arbeitsämter nur Akademiker gesetzt werden würden.

Am 4. Uhr schließt der Präsident die Beratung ab; das Haus stimmt zu. Nächste Sitzung Donnerstag früh 9 1/2 Uhr.

### Nationalsozialistische Geisteskultur

Vor der Strafkammer in Lüneburg hatten sich mehrere Nationalsozialisten zu verantworten, die im November vorigen Jahres die Synagoge in Lüneburg in unzulässiger Weise beschlagnahmt hatten. In der Verhandlung ergab sich, daß der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Partei in Lüneburg der geistliche Urheber dieser Schänderei war und auch Schmiere gestanden hatte. Aus Parteipolitik hatten die Angeklagten das bisher verschwiegen. Das Urteil lautete von einer Woche bis zu 7 Monaten Gefängnis.

Berlin, 14. Juni. Gestern Nacht um 12 Uhr kam es in dem Untergrundbahnstunnel Friedrichshagen zwischen Nationalsozialisten und Pölkern nach vorausgegangenem Streitigkeiten zu einer Schlägerei. Zwei der Pölkern wurden mit Häuten und Stocken bearbeitet. Sie brachen blutüberströmt zusammen.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 12. Juni: Elisabeth Köber, 92 Jahre alt, Witwe von Friedrich Köber, Amtsgerichtsdieners. Beerdigung am 15. Juni, 15.15 Uhr (Feuerbestattung). Maria Frank, 77 Jahre alt, ohne Beruf, ledig. Beerdigung am 14. Juni, 16.30 Uhr (Mühlburg). Alara Riß, 28 Jahre alt, Ehefrau von Georg Riß, Kaufmann. Beerdigung am 14. Juni, 16 Uhr. Dr. Ferdinand Lemald, 81 Jahre alt, Verwaltungsgeschäftspräsident a. D., Witt. Geh. Rat. Ersellens, Witwer. Beerdigung am 15. Juni, 12 Uhr (Feuerbestattung). Friedrich Schaal, 65 Jahre alt, Schreinermeister, Ehemann. Beerdigung am 14. Juni, 14.30 Uhr. — 13. Juni: Sophie Behrendt, geb. Bod, 73 Jahre alt. Beerdigung am 15. Juni, 13 Uhr. Johannes Wälde, 81 Jahre alt, Weihenwärtner a. D., Ehemann. Beerdigung am 15. Juni, 17 Uhr (Mühlburg). Ludwig Lichtenwalter, 64 Jahre alt, Odenbauer, Ehemann. Beerdigung am 15. Juni, 14 Uhr (Feuerbestattung). Kollekta Barth, 72 Jahre alt, Witwe von Johannes Barth, Labormant. Beerdigung am 15. Juni, 14.30 Uhr.

**Hochzeitsreise-Zauberwort**

für viele wunderschön und unvergänglich — die entzückende Ouvertüre zu den Flitterwochen, durch die zwei Menschen in den Zauberwald der jungen Ehe eintreten. Die glückliche Zeit ist jedoch schnell vorbei und die Hochzeitsreise wird bald ein Erlebnis, an das das Ehepaar in zärtlicher Erinnerung zurückdenkt. Zufriedene Stunden werden aber immer wiederkehren, wenn es verstanden wird, sich in glücklicher Harmonie gegenseitig zu dienen. Ein guter Ratgeber in vielen Fragen der Hauswirtschaft will für jede Hausfrau und besonders für die angehenden das soeben erschienene **Dr. Oetker's Schulkochbuch, Ausgabe C** sein, das die heute veränderten Verhältnisse sowie die neuen Forschungsergebnisse in der Ernährungswissenschaft berücksichtigt. Zahlreiche farb. Tafeln vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- u. Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch in dauerhaftem Pappband ist, wo nicht vorrätig, geg. Eins. von 30 Pfg. in Marken von mir portofrei zu beziehen. **Dr. Oetker's Backin-Backpulver, Puddingpulver, Vanillin-Zucker, Gustin** usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Viele neue u. wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen außerdem das neue farbige illustrierte **Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F**, das für 15 Pfg. in allen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können.

**Dr. August Oetker, Bielefeld.**

